

**80 Jahre Generalstreik
1918 - 1998**





Herausgegeben vom Kantonalen Gewerkschaftsbund St.Gallen

Diese Publikation wurde durch einen Beitrag des Regierungsrates
des Kantons St.Gallen unterstützt.

© 1998 by Kantonaler Gewerkschaftsbund St.Gallen und den AutorInnen
ISBN 3-907928-19-9 in Kommission bei Sabon Verlag, St.Gallen
Textredaktion: Ralph Hug, St.Gallen
Gestaltung, Bildbearbeitung, Layout: Hannah Traber, St.Gallen
Bildkonzept: Ralph Hug, Hannah Traber, St.Gallen
Druck: H. Tschudy & Co. AG, St.Gallen
Bindearbeiten: Sieber AG, Fehraltorf



Fabrikarbeiter mit Kind. Vor 1920.

Generalstreik – auch eine St.Galler Geschichte	5
Die globalisierte Revolution	7
«Hoch die Solidarität! Es lebe die neue Zeit!»	11
Der Generalstreik in St.Gallen: Krise, Krankheit, Arbeitskampf	15
Arbeiter auf Rorschachs Strassen: «Der Sack bleibt da!»	21
Sarganser Eisenbahner vor dem «Fehmgericht»:	
«Jetzt galt es, Farbe zu bekennen»	27
Die Christlichsozialen – mehr lagertreu als solidarisch?	31
«Alle Offizinen standen still»	36
Balabanoffs «Fabrik-Klöster»	38
Wg. Grippe geschlossen	41
«Lebhafte Unruhe», «Beifall», «Heiterkeit»	43
Anhang	47

Vorwort von Paul Rechsteiner

Das Streikrecht ist ein Grundrecht. Als friedliches Kampfmittel ist der Streik, die kollektive Verweigerung der Arbeitsleistung, das Gegenstück zur wirtschaftlichen Macht des Arbeitgebers. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Viele haben trotzdem das Gefühl, der Streik sei etwas Verbotenes, oder wenn nicht, dann doch etwas ganz und gar Unschweizerisches. Als der SEV (Schweizerischer Eisenbahn- und Verkehrspersonalverband) vor zwei Jahren eine Urabstimmung über Kampfmassnahmen durchführte, stellte einer seiner Vertreter im Vorstand des Kantonalen Gewerkschaftsbundes den Antrag, den nächsten Bildungskurs diesem Thema zu widmen. Der Streikkurs vom November 1997 wurde beteiligungsmässig und inhaltlich ein voller Erfolg. An diesem Kurs wurde daran erinnert, dass es auch im Kanton St.Gallen grosse und erfolgreiche Streiks gegeben hatte (etwa den Feldmühlestreik 1946 in Rorschach). Der Generalstreik von 1918 – der erste und bisher einzige in der Geschichte unseres Landes – ist ein verdrängtes und weitgehend vergessenes Kapitel der Geschichte, obwohl er die soziale und politische Entwicklung der Schweiz im 20. Jahrhundert prägte wie kein anderes Ereignis. Der Generalstreik endete – als Folge der Mobilisierung der Armee – vorerst mit einer Niederlage. In der Folge zeigte sich aber je länger desto mehr, dass die ArbeiterInnenbewegung sich genau damit den Respekt des herrschenden Bürgertums, dem ein gewalti-

Streikende blockieren die Geleise beim Bahnhof Grenchen.



ger Schreck in die Knochen gefahren war, erworben hatte. Es kam danach zu einem Schub von sozialpolitischen Vorlagen, wie ihn die Schweiz vorher und nachher nie mehr sah. Zwar wurde nur ein Teil des Generalstreikprogramms – z.B. der Achtstundentag (bei sechs Arbeitstagen) – sofort realisiert. Andere Forderungen wurden erst viel später (AHV, Frauenstimm- und -wahlrecht) oder bisher gar nicht (Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden) eingelöst. Die ArbeiterInnenbewegung hatte aber mit den Generalstreikforderungen das Programm des Fortschritts für das 20. Jahrhundert formuliert. Die Dramatik und die Würde dieses Grossereignisses wirkten während Jahrzehnten nach. Diese Publikation erinnert daran, dass der Generalstreik ein zentrales Ereignis nicht nur der Schweizer, sondern auch der St.Galler Geschichte ist. Dass der Kantonale Gewerkschaftsbund die Anstrengung für diese Arbeit gerade heute unternimmt, ist natürlich kein Zufall. Auch wenn sich die Verhältnisse nicht vergleichen lassen, ist die durch den Neoliberalismus in den letzten Jahren betriebene Entwertung der Arbeit – und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – dramatisch. 1997 haben die an den Schweizer Börsen – weitgehend steuerfrei – erzielten Kapitalgewinne (280 Milliarden Franken) erstmals die gesamten Arbeitseinkommen (250 Milliarden Franken) übertroffen. Die Fragen, die mit den Perspektiven der Arbeit, der Erwerbsarbeit, verbunden sind, sind gleichzeitig die Schlüsselfragen der gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt. Doch von selber wird sich der im Gange befindliche fatale Prozess nicht ändern. Es braucht dafür das kämpferische Bewusstsein der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften. Die St.Galler Gewerkschaften sind in den letzten Jahren wieder zu einem kämpferischen Pol geworden. Stichworte dafür sind beispielsweise die Kundgebung auf dem Dorfplatz Mels und der erfolgreiche Kampf für und mit den Arbeiterinnen und Arbeitern der Omag, die Kampagnen im Zusammenhang mit der Spinnerei Murg, dem Heberlein-Konzern in Wattwil, dem unsozialen Sparpaket der St.Galler Regierung und andere mehr. Anlässlich der Initiative «Solidarität in der Krise» ist die früher fast undenkbar fruchtbare Zusammenarbeit mit anderen Arbeitnehmerorganisationen neu begründet worden. Das eröffnet Perspektiven für die Zukunft.

Die Erinnerung an die Geschichte ist nicht einfach rückwärtsgewandt. Sie zeigt, wie sich die Verhältnisse verändert haben, und lässt damit erahnen, wie sie sich verändern könnten. Die Beschäftigung mit der Geschichte befreit uns davor, vor den vermeintlich übermächtigen Bedingungen der Gegenwart zu erstarren. Und mindestens etwas lehrt der Blick zurück ganz konkret: Für sich allein bringen einzelne nicht viel zustande. Gemeinsam sind aber auch die vermeintlich Machtlosen eine Macht.

Arbeiter bei Brown-Boveri, Baden, 1923



Einleitung von Hans Fässler

Man kann den schweizerischen Landesstreik von 1918 in einem internationalen Zusammenhang sehen. Viele Zeitgenossen, und zwar solche aus beiden Konfliktgruppen, haben das getan. In der Tat ist es auch 80 Jahre danach nicht zu übersehen, welche gewaltigen Umbrüche sich im gesellschaftlichen und politischen System Europas vollzogen. In Russland hatte 1917 die Oktoberrevolution den Zarismus und die bürgerliche provisorische Regierung hinweggefegt, und die Welle der Revolutionen schien unaufhaltsam auf ihrem Weg um den Globus: In Spanien sprach man von den «bolschewistischen Jahren 1917–1919», revolutionäre Studentenbewegungen erschütterten 1918 Cordoba (Argentinien) und 1919 Peking. Emiliano Zapata war mit Villa in Mexico City einmarschiert, und in Indonesien entstand die erste Massenorganisation jener Befreiungsbewegung, die das Land 1945 in die Unabhängigkeit führen sollte.

Im Herbst 1918 rauschte der Sturm der Revolution durch Mittel- und Südosteuropa. Politische Massenstreiks und Antikriegsdemonstrationen hatten in Wien ihren Ausgang genommen und sich via Budapest und die Tschechei nach Deutschland ausgedehnt. Im September gingen die bulgarischen Bauernsoldaten nach Hause und riefen die Republik aus. Im November meuterten Matrosen und Soldaten des Marinestützpunktes in Kiel und verbreiteten die Idee einer deutschen Revolution. Die Republik wurde ausgerufen, und der Kaiser setzte sich in die Niederlande ab.

In Bayern wurde die Sozialistische Republik erklärt, im Frühjahr 1919 die Münchner und die Ungarische Sowjetrepublik. Die Revolution hatte von Wladiwostok bis an den Rhein die alten Regimes gestürzt. Die Dynastien der Romanow, der Habsburger, der Hohenzollern und der Ottomanen waren aus der Weltgeschichte verschwunden.

Man kann den Landesstreik aber auch in einem anderen Zusammenhang sehen. Je weiter weg man sich vom Epizentrum Petersburg wegbewegt, desto schwächer werden die Erschütterungen, desto kurzlebiger werden die revolutionären politischen Gebilde. Und je besser ausgebildet – im Vergleich zu den autokratischen Systemen Mittel- und Osteuropas – die politische Partizipation ist, desto geringer sind die Chancen für eine sozialrevolutionäre Bewegung. Frankreich, Grossbritannien und die USA erweisen sich als relativ immun gegen revolutionäre Bewegungen, und schon 1920 kann man feststellen, dass sich die Hoffnungen der Bolschewiki auf eine Weltrevolution nicht erfüllt haben.

Teil einer Welle der Weltrevolution oder schwaches Echo auf eine letztlich gescheiterte welthistorische Hoffnung – der Landesstreik von 1918 mit seinen neun prägnanten Forderungen bleibt für die Schweiz das herausragende politi-



«Aufgessessen, Arbeiter!» Anonymes Plakat, Sowjetunion, 1919

sche und soziale Ereignis dieses Jahrhunderts. Die folgenden Texte versuchen, die politische Erinnerung an den November 1918 wachzuhalten oder aufzufrischen und den «Grosskampf», wie ihn Ernst Nobs genannt hat, jenseits von Nostalgie und Heldenverehrung in aktuelle Zusammenhänge zu stellen.



Armeeposten gegen Streikende, Zürich, 1918

Die neun Generalstreik-Forderungen

1. Sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporz.
2. Aktives und passives Frauenwahlrecht.
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.
4. Einführung der 48-Stundenwoche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen.
5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres.
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten.
7. Alters- und Invalidenversicherung.
8. Staatsmonopole für Import und Export.
9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.

«Hoch die Solid

Max Lemmenmeier

Wie die anderen sozialistischen Parteien Europas verzichtete auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz bei Kriegsbeginn auf ihre Klasseninteressen. Mit der Begründung, den Krieg von der Schweiz fernzuhalten, stimmten die SP-Parlamentarier der militärischen Landesverteidigung und den Vollmachten des Bundesrates zu (sogenannter Burgfrieden). Ein Gleiches taten die St.Galler Arbeitervertreter, als sie im September 1914 im Grossen Rat weitreichende Befugnisse des Regierungsrates guthiessen.

Während die Behörden von den Arbeitern verlangten, den Gürtel enger zu schnallen, verfolgte das Besitzbürgertum eine egoistische Politik ohne Rücksicht auf das Volksganze. Der Bundesrat hob wesentliche Bestimmungen des Fabrikgesetzes auf, die Unternehmer durften die Arbeitszeit verlängern, Lohnkürzungen vornehmen usw. Nach der kurzen Krise zu Beginn des Krieges erlebten die Export- und die Nahrungsmittelindustrie einen enormen Aufschwung: In der Metallindustrie stieg der ausgewiesene Reingewinn von 12 Mio. Franken im Jahr 1914 auf 39 Mio. Franken im Jahr 1917. Gleichzeitig nutzten die Landwirte die massive Verknappung der Lebensmittel. Mit einer

Arbeiter am Dampfhammer.

Drastische Verteuerung der Lebensmittel zwischen 1913 und 1918.

Nahrungsmittel.

	Ende 1913	Ende 1917	Juli 1918
Brot Kg.	— .35	— .65	— .70
Mehl	— .40	— .75	— .85
Reis	— .40	— .90	1.05
Gries	— .40	1.35	1.50
Milch	— .20	— .32	— .37
Butter	3.—	6.50	8.—
Käse	2.25	3.75	5.—
Eier Dkd.	1.10	4.75	5.50
Olivöl	1.70	5.20	10.—
Kartoffeln 100 Kg.	8.—	25.—	60.—
Bohnen	— .35	1.50	2.50
Erbsen	— .40	2.—	3.50
Rüben	— .20	— .50	1.—
Grüne Gemüse	— .35	1.10	1.50
Zwetschgen	— .70	2.50	4.60
Kirschen	— .70	1.20	2.40
Ochsenfleisch	1.70	4.50	5.50
Kalbfleisch	1.90	5.40	8.—
Schweinefleisch	2.20	7.—	12.—
Schinken	3.50	7.—	16.—
Zucker	— .50	1.25	1.40
Kaffee	1.65	2.25	4.—



arität! Es lebe die neue Zeit!>



Streikführer Robert Grimm.
Kundgebung gegen die Teuerung in Winterthur mit Redner Grimm, 1917.

aggressiven Preispolitik stiegen die bäuerlichen Tageseinkommen von Fr. 3.28 (1914) auf Fr. 20.63 (1918). Das Bürgertum liess die Bauern gewähren, denn sie dienten als Prellbock gegen die Arbeiterbewegung. Wann immer Militär eingesetzt wurde, stützte sich der Bundesrat auf bäuerliche Truppen.

Die Arbeiter litten unter den rasch steigenden Lebenshaltungskosten. Da die Löhne nur langsam und weniger stark angehoben wurden, kam es zu einem Reallohnverlust von durchschnittlich mindestens 30 Prozent. Hunderttausende mussten in der Schweiz ein kärgliches Dasein fristen; in der Stadt St.Gallen war 1918 ein Drittel der EinwohnerInnen zum Bezug von verbilligten Lebensmitteln berechtigt.

Die Burgfriedenspolitik machte sich für die Arbeiterklasse nicht bezahlt, zumal der bürgerliche Bundesrat politische Vorstösse der Linken auf die lange Bank schob und die politischen Rechte einschränkte. Die Erfahrung, dass mit den vorgegebenen politischen Mitteln nichts zu erreichen sei, führte zu einer Radikalisierung: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad verdreifachte sich (1914: SGB 65'177 Mitglieder; 1918: 177'143 Mitglieder). Die Radikalisierung der Arbeiterklasse war nicht – wie vom Bürgertum vielfach behauptet – auf den Einfluss der sozialistischen Emigranten (z.B. Lenin) zurückzuführen. Robert Grimm, der eigentliche Träger des Generalstreikgedankens, schöpfte seine Anregungen aus anderen Quellen. Ausgangspunkt für seine Politik bildete die 1915 in Zimmerwald bei Bern veranstaltete Konferenz, die oppositionelle Gruppen aus allen Ländern vereinigte. Die Schweizer nahmen daran ohne offizielles Mandat der Partei teil. In einem Manifest wandte man sich gegen die Burgfriedenspolitik und den imperialistischen Krieg. Nach harten Auseinandersetzungen nahm die SPS gegen den Antrag der Geschäftsleitung das Manifest an und beteiligte sich nun offiziell an der zweiten Konferenz 1916 in Kiental, die über die Gründung einer neuen Internationalen beriet.

In weiten Kreisen der Arbeiterschaft herrschte Unmut über den als preussisch empfundenen Dienstbetrieb, zugleich war der Wehrdienst für viele Familien eine Belastung. Die Militäreinsätze während des Krieges zeigten zudem, dass die

Armee als Herrschaftsinstrument des Bürgertums diene. Harte Diskussionen innerhalb der Sozialdemokratie führten auf dem Parteitag von 1917 schliesslich zur Ablehnung der Landesverteidigung.

Zunächst bemühte sich die Arbeiterbewegung um eine Verbesserung der materiellen Lage. Schon Ende August 1914 kam es zur Gründung einer zentralen Notstandskommission. In vielen Verhandlungen forderte sie Massnahmen gegen die wirtschaftliche Not. Die meisten Forderungen scheiterten aber am Widerstand des Bürgertums. Im ganzen Lande wurden deshalb Demonstrationen organisiert, in denen die notleidende Bevölkerung ihre Beschwerden zum Ausdruck brachte. Ende August 1917 kam es erstmals zu landesweit koordinierten Protestaktionen; auch in St.Gallen fand eine von der Sozialdemokratischen Partei organisierte Teuerungsdemonstration mit über 2000 TeilnehmerInnen statt.

Gegen die vom Bundesrat geplante Militarisierung der Bevölkerung (obligatorische Hilfsdienstpflicht) bildete sich 1918 das Oltener Aktions-Komitee (OAK), eine Verbindungsorganisation zwischen Partei und Gewerkschaftsbund. Innerhalb des OAK wurde eine Kommission eingesetzt, die mögliche Mittel zur Durchsetzung der Forderungen prüfen sollte. Das Ergebnis dieser Arbeit war ein Generalstreikprogramm, das der erste allgemeine Arbeiterkongress im Juli 1918 bestätigte. Er beschloss, erst dann einen Landesstreik zu verhängen, wenn Verhandlungen nicht genügende Zugeständnisse brächten.

Der Höhepunkt der Spannung wurde im Herbst 1918 erreicht, als in Zürich die Bankangestellten streikten. Das Bürgertum war entsetzt. Bürgerliche Presse und Armeeführung forderten den Bundesrat zum Durchgreifen auf. Zur Auslösung des Generalstreiks kam es aber erst durch eine Provokation. Nach einer Besprechung mit dem Zürcher Regierungsrat erliess der Bundesrat völlig überraschend für die Arbeiterschaft am 5. November ein ~~X~~ Truppenaufgebot. Das Oltener Aktionskomitee antwortete darauf mit einem eintägigen Proteststreik am 9. November. Damit gaben sich die Zürcher Arbeiter nicht zufrieden: Sie beschlossen, so lange zu streiken, bis die militärische Besetzung der Stadt aufgehoben würde. Das Oltener Aktionskomitee versuchte in Verhandlungen mit dem Bundesrat den Generalstreik abzuwenden. Es hatte ihn zwar oft zur Ausübung politischen Drucks angedroht, sich jedoch nie für diesen Fall ernsthaft vorbereitet. Der Bundesrat wollte es auf eine Kraftprobe ankommen lassen und brach die Verhandlungen ab. Unter dem Druck der Arbeiterschaft blieb dem OAK nun nichts anderes übrig, als den Generalstreik auszurufen. Er begann am 11. November. In der ganzen Schweiz legten etwa 300'000 Beschäftigte die Arbeit nieder.

Insgesamt wurden rund 100'000 Soldaten einberufen. Auch das Bürgertum begann sich zu organisieren, getrieben von der Furcht vor der



Der Appenzeller Oberstdivisionär Emil Sonderegger, Kommandant der Ordnungstruppen in Zürich.

~~X~~ Truppenaufgebot. Dass die Armee gegen Streikende eingesetzt wird, könnte durchaus wieder geschehen. 1997 liess das EMD erkennen, dass es sich aktiv auf soziale Unruhen einstellt. In drei neuen Verordnungen wurden Truppeneinsätze im Innern geregelt. Zur Ausrüstung sollten pro Kompanie 100 Schlagstöcke, Helme und Schutzschilder sowie 50 Handschellen und 10 Gummischrotgewehre angeschafft werden. Territorialtruppen übten bereits innere Einsätze. 1996 lautete die Übungsanlage eines WK-Bataillons im Jura: Einsatz gegen streikende Bähnler, die sich gegen den Lohnabbau wehren.

Der Generalstreik in St.Gallen: Krise, Krankheit

Marcel Mayer

Wie sah die materielle Lage der arbeitenden Bevölkerung vor dem Generalstreik aus? Auch in der Ostschweiz hatte man, obwohl nicht direkt involviert, schwer an den Folgen des Ersten Weltkriegs zu tragen. Auf eine einzige Branche, nämlich die Stickereiindustrie, war die Wirtschaft dieser Region sowie des angrenzenden Vorarlbergs ausgerichtet. Von ihrer jeweiligen Hausse oder Baisse hing die Existenz einer wachsenden Anzahl von Menschen ab. Beinahe alle produzierten Stickereiwaren wurden exportiert – namentlich nach Nordamerika, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland –, und zwar in derartigen Mengen, dass sie in den Jahren vor 1914 wertmässig den wichtigsten Ausfuhrartikel der Schweiz bildeten.

Mit dem Ersten Weltkrieg brach eine langanhaltende Hochkonjunktur, die sogenannte Stickereiblüte, zusammen. Die Exporte gingen massiv zurück, weil die Handelswege unsicher oder unterbrochen waren und sich die Nachfrage nach Luxusgütern wie Stickereien zusehends verringerte. Für St.Gallen begannen Jahrzehnte der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

Mehr noch als die Stickereikrise griff indes während der Kriegsjahre die Einschränkung der Importe ins Leben der Menschen ein. Vor 1914 hatte die Schweiz rund ein Drittel der konsumierten Nahrungsmittel aus dem Ausland bezogen. Weil diese Einfuhren mehr und mehr entfielen, war die Grundversorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern zunehmend gefährdet.

Das Lebensmittelangebot verknappte sich, was die Preise zwischen 1914 und der Nachkriegszeit bis um das Dreifache ansteigen liess. In den beiden letzten Kriegsjahren wurden Schritt um Schritt einzelne Nahrungsmittel rationiert, so dass bei Jahresende 1918 Brot, Haferprodukte, Teigwaren, Milch, Käse, Butter, Speisefette und -öle, Zucker, Mais, Reis, Kartoffeln und Konfitüren nur in streng begrenzter Menge erhältlich waren. Besonders ausgeprägt war der Mangel an Kartoffeln, die seit Januar 1918 gesamtschweizerisch rationiert, in der Stadt St.Gallen aber in viel zu geringen Mengen verfügbar waren, als dass die festgelegten Rationen der Bevölkerung auch hätten abgegeben werden können.

Um möglichst vielen EinwohnerInnen trotz Teuerung den Kauf jener Mengen an Lebensmitteln zu ermöglichen, die ihnen gemäss Rationierung zustanden, gab der St.Galler Stadtrat den Haushaltungen, deren Einkommen eine gewisse Grenze nicht überstieg, Grundnahrungsmittel zu billigeren als den marktüblichen Preisen ab. Ende 1918 war nicht weniger als ein Drittel der städtischen Einwohnerschaft, rund 23'000 Menschen, zum Bezug verbilligter Produkte berechtigt. Auf noch preiswertere Art konnte man sich in den von der Stadt unterhaltenen Suppenküchen verköstigen, einer Institution, die gegen Jahresende 1918 fünf Koch- und 15 Abgabestellen betrieb und bis zu 5000 Liter Suppe im Tag herstellte.

Revolution in Russland. Mit Unterstützung der örtlichen Behörden entstanden überall Bürgerwehren. Umgekehrt förderten die beginnenden Revolutionen in Österreich und Deutschland die vagen Hoffnungen der Arbeiter auf eine Veränderung. Am 13. November stellte der Bundesrat dem Oltener Aktionskomitee ein Ultimatum zum bedingungslosen Streikabbruch. Die Arbeiterführer gaben nach. In den grossen Städten fühlten sich die Arbeiter verraten. Das OAK rechtfertigte sich aber damit, dass die Fortsetzung zum Bürgerkrieg geführt hätte.

Die Kraftprobe wurde vom Bürgertum und der Armeeführung absichtlich herbeigeführt. Die neun Generalstreikforderungen hatten keinen revolutionären Charakter. Nur zwei konnten unmittelbar durchgesetzt werden: sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporz und die 48-Stundenwoche. Zwei so zentrale Forderungen wie die Alters- und Invalidenversicherung und das Frauenstimmrecht wurden erst Jahrzehnte später (1947 bzw. 1971) realisiert.

Erinnerungsfoto an das «Aufgebot gegen Bolschewikis» (aus dem Journal des Stab Füs Bat 73).



Aufgebot gegen Bolschewikis, Zürich im Nov. 1918.



St.Galler Lebens-
mittelmarke, Oktober
1918.

14
15

Zeit, Arbeitskampf



Kartoffelacker auf dem Klosterplatz St.Gallen, 1918.

Die Lebenshaltungskosten wurden während des Krieges für viele Familien unerträglich hoch, weil die Väter als Soldaten über Monate Militärdienst leisten mussten und ihre Arbeitgeber nicht verpflichtet waren, ihnen in dieser Zeit den Lohn auszuzahlen. Eine obligatorische Verdienstausfallentschädigung gab es nicht, und der Tagessold der Soldaten belief sich auf lediglich 80 Rappen, wofür man bei Kriegsende

etwas mehr als ein Kilogramm Brot kaufen konnte. So wurden, während der Männer an der Grenze standen, ihre Familien zu Hause häufig von der ~~X~~Fürsorge abhängig.

Nicht nur die Zufuhr von Lebensmitteln, sondern auch von Rohstoffen in die Schweiz wurde gegen Kriegsende immer empfindlicher eingeschränkt. Hauptsächlich der Kohlenmangel war für alle spürbar, bildete Kohle doch ein überaus wichtiges Brennmaterial für die Heizung von Wohnungen, für die Erzeugung von Dampfkraft in der Industrie usw. Kohle sowie andere Rohstoffe wie Holz, Torf, Gas, Petrol und Benzin waren über das Kriegsende hinaus rationiert.

In der Bevölkerung, die von all diesen Mangelerscheinungen geschwächt war, grassierte überdies eine schwere Grippeepidemie, die «Spanische Grippe», der weltweit Millionen von Menschen zum Opfer fielen. Die Seuche dauerte im Bezirk St.Gallen vom Sommer 1918 bis in den Frühling des folgenden Jahres und befiel gegen 20'000 Menschen. Fast 400 von ihnen starben.

Den Verlauf des Generalstreiks dürfte die Epidemie negativ beeinflusst haben.

Die Behörden hatten nämlich grössere Volksansammlungen polizeilich untersagt, um Ansteckungen zu vermeiden. Die Grippe erreichte im Oktober 1918, einen Monat vor dem Streik, ihren Höhepunkt, und die Angst, selbst zu erkranken, war wohl weitverbreitet. All dies konnte auf die Streikwilligen nicht eben aufmunternd wirken.

Nahrungsknappheit, Kohlenmangel, Grippe: Die ganze Notsituation spitzte sich im Herbst 1918 zu. Bei Kriegsende anfangs November griff in weiten Kreisen eine Stimmung um sich, die auf Umbruch und Aufbruch setzte. Inmitten von Mangel wuchs die Hoffnung auf bessere und gerechtere Zeiten, und dazu sollte der Generalstreik vom 12. bis 14. November seinen Teil beitragen.

In der Stadt St.Gallen wurde der Generalstreik von verschiedenen lokalen Organisationen der Arbeiterbewegung getragen. So erschien in der sozialdemokratischen Tageszeitung «Volksstim-

~~X~~**Fürsorge.** Das Gesicht der Armut hat geändert, doch Armut ist geblieben. Heute müssen je nach Statistik zwischen 400'000 und 700'000 Personen in der Schweiz als arm gelten. Seit der Wirtschaftskrise Anfang der 90er Jahre vervielfachen sich die Sozialhilfekosten. Daran sind nicht zuletzt Tieflohne schuld: Jede fünfte erwerbstätige Person verdiente 1995 nach Berechnungen des Bundesamtes für Statistik weniger als 26'000 Franken im Jahr. Noch unerforscht ist das Ausmass der «working poor» – jener, die arm sind, obwohl sie einen Job haben.

me» vom 9. November ein Aufruf «An die Arbeiterschaft von St.Gallen!»: Sie solle sich einem Rufe des Oltener Aktionskomitees zur Verfügung stellen. Unterzeichnet war diese Aufforderung von der Arbeiter-Union und der Sozialdemokratischen Partei St.Gallen sowie von einem lokalen Aktionskomitee. Jene Gruppierungen der Arbeiterbewegung hingegen, die keinen sozialistischen Zielsetzungen verpflichtet waren, namentlich die Christlichsozialen sowie die Demokratische und Arbeiterpartei, lehnten den Generalstreik ab. Besonders erbittert freilich griffen die freisinnigen und konservativen Bürgerlichen die Streikleitung an, die sie ganz undifferenziert stets mit den Bolschewiki der russischen Revolution gleichsetzten.

Es ist schwierig, das Ausmass zu beurteilen, in welchem der Streik in St.Gallen befolgt wurde. Unbestritten ist, dass der öffentliche Verkehr vollständig zum Erliegen kam. Am 12. November fuhren keine Eisenbahnen im St.Galler Hauptbahnhof aus und ein, und am folgenden Tag gelangten lediglich ein von Ingenieuren geführter und militärisch gedeckter Güterzug sowie zwei Militärzüge hierher, mit denen Truppen in die Gallusstadt verlegt wurden. Erst am Nachmittag des 14. November setzte der Bahnbetrieb wieder in vollem Umfang ein. Während des gleichen Zeitraums wie die Eisenbahn stand auch der städtische Tramverkehr still. Zwar sei das Trampersonal, wie Stadttammann-Stellvertreter Hermann Scherrer später vor dem Gemeinderat darlegte, durchaus arbeitswillig gewesen. Aber der Stadtrat habe, weil es am nötigen militärischen Schutz für das Personal und für die Fahrgäste fehlte, von sich aus die Einstel-

Verkauf von verbilligter Magermilch in Zürich-Aussersihl, Oktober 1918.





St.Galler Bahnhofplatz um die Jahrhundertwende mit Hotel Walhalla-Terminus und Post.

lung der Tramfahrten angeordnet. Neben den Arbeitern der öffentlichen Verkehrsmittel befolgten auch jene des Druckereigewerbes den Streik weitgehend, so dass die bürgerliche Presse nicht erscheinen konnte.

Über den Widerhall, den der Generalstreik sonst in der Privatindustrie fand, namentlich in der Stickerei als dem noch immer wichtigsten St.Galler Wirtschaftszweig, gehen die zeitgenössischen Meinungen auseinander. Während die

«Volksstimme» am 13. November meldete: «Auch viele Stickerei-geschäfte sind geschlossen oder haben stark reduzierten Betrieb», wollte der liberale August Steinmann anderes gesehen haben: «In den Stickereigeschäften wird sozusagen überall gearbeitet.» Diesen Formulierungen lässt sich wohl entnehmen, dass weder die Linke die umfassende Arbeitsniederlegung noch die Bürgerlichen den gewohnten Arbeitsprozess vollständig durchsetzen konnten. Wenig erfolgreich scheint die Streikleitung in ihren Bestrebungen gewesen zu sein, die Ladeninhaber zum Schliessen ihrer Geschäfte zu bewegen.

Bei all den Unsicherheiten über das wirkliche Ausmass des Streiks ist doch auffällig, wie viele Menschen in jenen Novembertagen Zeit hatten, sich auf der Strasse aufzuhalten und folglich nicht zu arbeiten. Vor allem während der ersten beiden Streiktage fanden Demonstrationen bis zu mehreren Tausenden von Streikenden vor jenen Geschäften statt, in denen Arbeitswillige waren, die durch Überreden, Auspfeifen, Aushöhen, Beschimpfen, Versperren des Weges usw. zum Streiken bewegt werden sollten. Auf eigentliche Protestumzüge scheint das St.Galler Aktionskomitee hingegen verzichtet zu haben.

Polizei und Militär wurden angewiesen, die Menschenansammlungen auf den Strassen aufzulösen. Zudem wurden mehrere Streikende verhaftet, so beispielsweise rund dreissig Eisenbahnangestellte und ein «Volksstimme»-Redaktor. Am Vorabend des Generalstreiks wies das städtische Polizeikorps einen verfügbaren Mannschaftsbestand von 91 Mann auf. Zu deren Unterstützung wurden nach und nach Truppen nach St.Gallen verlegt, so dass am Abend des 13. November vier Bataillone in der Stadt standen. Für eine allfällige gewaltsame Niederschlagung des Generalstreiks waren somit 2000 bis 2500 Mann zusammengezogen worden.

Auf die Unterstützung einer Bürgerwehr konnten Militär und Polizei damals in St.Gallen noch nicht zählen. Aber bereits am 14. November 1918 empfahl die konservative Gemeinderatsfraktion dem Stadtrat, «sofort zur Bildung einer Bürgerwehr nach dem Beispiele anderer Städte (Basel) zu schreiten», falls für den Trambetrieb kein ausreichender militärischer Schutz gewährleistet sei.

Auch ohne Störungen des Tramverkehrs formierte sich rund einen Monat spä-



Kavallerietruppen in Zürich

ter die Bürgerwehr der Stadt St.Gallen, die sich am 17. Dezember 1918 ihre Statuten gab. Die neugeschaffene Organisation bezweckte, «unter Ablehnung des Klassenkampfes, für die Aufrechterhaltung der verfassungs- und gesetzmässigen Sicherheit, für Ruhe und Ordnung, insbesondere auch für den Schutz des Arbeitsrechtes und der individuellen Freiheit verteidigungsweise einzutreten». Aus diesen Formulierungen geht deutlich hervor, dass sich die Bürgerwehr als Reaktion auf den Generalstreik verstand. Eine Wiederholung derartiger Vorfälle sollte durch die entschlossene Unterstützung der Behörden, «zivilen oder militärischen Charakters», vermieden werden.

Laut einem Kreisschreiben des kantonalen Polizei- und Militärdepartements durften die Gemeindebehörden gewisse Bürgerwehren als Organe zur «Ergänzung und Verstärkung der Polizei» erklären, «unter amtliche Aufsicht und Oberleitung» nehmen und mit Waffen und Munition versehen. Am 25. April 1919 übertrug deshalb der St.Galler Stadtrat dem Stadtmann die Oberaufsicht über die Bürgerwehr und verlieh ihr damit die Stellung einer behördlich akzeptierten Hilfstruppe, obwohl sie rechtlich lediglich einen Verein darstellte.

Die Bereitschaft des Stadtrates, die Bürgerwehr als Ordnungskraft zur Unterstützung der Polizei anzuerkennen, hängt wohl nicht zuletzt damit zusammen, dass sich mehrere etablierte Persönlichkeiten in dieser paramilitärischen Organisation engagierten. In deren provisorischem Zentralvorstand sassen im Dezember 1918 an der Spitze der Kaufmann und Oberstleutnant Philipp Heitz, sodann Amtsträger wie Rudolf Keel, damals Kantonsrichter und später katholisch-konservativer Stadtrat, Albert Rüesch, vor der Stadtvereinigung Gemeindammann von Straubenzell, des weiteren Advokaten wie Arnold Janggen oder Ärzte wie Rudolf Richard Franz Galli oder Eduard von Wyss. Im Februar 1919 zählte die Bürgerwehr nach eigenen Angaben rund 900 Mitglieder.

Obwohl ein Grossteil der Bevölkerung an den Ereignissen im November 1918 erregt Anteil nahm und für oder gegen den Landesstreik leidenschaftlich Partei ergriff und obwohl die Stadt in dieser explosiven Lage vor den Waffen des zahlreich aufmarschierten Militärs gleichsam starrte, kam es nicht, wie in Zürich, zu Blutvergiessen. Dazu trug zum einen die besonnene Streikleitung bei, die sich aus dem angesehenen Juristen Adolf Sennhauser, dem Gewerk-

Arbeiter auf Rorschachs Strassen: «Der Sack bleib

Ralph Hug

Am Montagnachmittag, 11. November 1918, klopfte der Schriftsetzer Jean Geser im Büro seines Patrons an. Er wollte von J.M. Cavelti, dem Verleger der «Rorschacher Zeitung» wissen, wie er sich am nächsten Tag zu verhalten gedanke. Es sei Generalstreik und deshalb angezeigt, den Betrieb zu schliessen. Doch Cavelti ging darauf nicht ein: «Das Geschäft wird fortgeführt wie an einem normalen Tag». Wer nicht zur Arbeit erscheine, müsse die Konsequenzen tragen. Darauf erklärte Geser trotzig, in diesem Fall müssten auch die Streikenden die Konsequenzen ziehen. Cavelti solle es sich gut überlegen. Man könne nicht garantieren, dass es nicht zu Beschädigungen und Gewalttätigkeiten kommen werde. Er, Geser, werde jedenfalls an diesem Tag nicht arbeiten.

Der Schriftsetzer war nicht der einzige, der seine Ankündigung wahr machte. 700 Arbeiter aus Rorschach und Umgebung gingen am nächsten Morgen statt an die Werkbank zum Hafenplatz und versammelten sich zu einer Demonstration. Der Generalstreik, und damit der Atem der grossen Weltgeschichte, hatte die Bodenseestadt erreicht. Hier fand die Streikidee einen guten Nährboden: Rorschach war mit seinen Industriebetrieben eine ausgesprochene Arbeiterstadt. Wohl in keinem anderen Ort der Ostschweiz, vielleicht mit Ausnahme von St.Gallen, warf der Streik so grosse Wellen wie hier. Akte proletarischen Ungehorsams hatte es in Rorschach schon eine Menge gegeben. Um die Jahrhundertwende hatte die Stadt sogar als Zentrum der anarchistischen Bewegung gegolten. Die Philosophie der «direkten Tat», von Wortführern wie Johann Most propagiert, war vor allem von italienischen und deutschen Arbeitsimmigranten in die Hafenstadt gebracht worden. Es waren auch anarchistische Kreise aus Rorschach gewesen, die Pläne zur Sprengung des Bundeshauses in Bern entworfen hatten. Der Anschlag blieb aber bloss Papier.

Am Dienstag, 12. November 1918, trumpften nun die Arbeiter auf. Anders als in vielen Orten der Provinz, wo gar nicht oder nur wenig gestreikt wurde, begaben sich hier die Arbeiter in Massen auf die Strasse und setzten sich damit als für alle sichtbarer neuer Machtfaktor öffentlich in Szene. Es blieb aber nicht nur bei einer Kundgebung. Die Streikenden nahmen das Heft in die Hand und wollten ihre Arbeitsniederlegung in der ganzen Stadt durchsetzen. Sie zogen von Betrieb zu Betrieb und zwangen die Arbeitgeber, die Produktion einzustellen. Ihnen kam dabei der Umstand entgegen, dass es kein grosses Militäraufgebot gab. Dies im Unterschied zu St.Gallen, das militärisch regelrecht besetzt war. Deshalb hatte die dortige Streikleitung aus Angst vor Provokationen auf



Rorschacher Hafen-
bahnhof um die
Jahrhundertwende.

schaftssekretär Kipper sowie dem Lehrer und späteren Stadtrat Emil Hardegger zusammensetzte. Sie verstand es offensichtlich, die Streikenden zu einem disziplinierten Vorgehen zu bewegen und von Ausschreitungen abzuhalten; bezeichnenderweise heisst es in der «Volksstimme» vom 13. November denn auch in riesigen Lettern: «Hoch die Solidarität und Disziplin der Arbeiterschaft!» Aber auch der Stadtrat hatte durch seine verhältnismässig moderate Haltung Anteil daran, dass Gewalttätigkeiten ausblieben. Er unterstützte die Streikleitung gewissermassen in ihren Bemühungen um eine geordnete Durchführung des Streiks, indem er ihr trotz der grassierenden Grippeepidemie die Bewilligung erteilte, Versammlungen der Arbeiterschaft zur Besprechung des weiteren Vorgehens einzuberufen. Darüber hinaus verzichtete er durch die bereits erwähnte freiwillige Einstellung des Trambetriebs auf eine möglicherweise gefährliche Kraftprobe mit den DemonstrantInnen, was ihm von bürgerlicher Seite den Vorwurf der Schwäche eintrug.

Der Generalstreik in St.Gallen wühlte, wie anderswo, sowohl die sozialistisch als auch die bürgerlich gesinnten EinwohnerInnen stark auf, weckte heftige Emotionen und liess die Klassengegensätze schroff hervortreten. Aber obwohl man sich in Wort und Schrift gegenseitig nichts schuldig blieb, wirkten die Verantwortlichen beider Parteien offenbar mässigend auf das Verhalten ihrer jeweiligen Gefolgschaft. So blieb der Generalstreik in (st.gallisch?) geordneten Bahnen.

St.Galler Umschlag
mit dem «Ehrensold»
für Soldaten, die für
den ausserordentli-
chen Dienst vom 11.
bis 16. November
1918 aufgeboten wor-
den waren.



Ein dazugehöriges
Kunstblatt des
St.Galler Künstlers
Fritz Gilsli.

21

ot da!>



Der Rorschacher
Anwalt und SP-Politi-
ker Johannes Huber.
Karikatur von «Luzi-
fer» (Rolf Roth),
gezeichnet während
des Generalstreik-
prozesses 1919.

einen Umzug verzichtet. Mit ihrer spektakulären Aktion zeigten sich die Rorschacher Arbeiter unerschrockener und radikaler als ihre Kollegen in andern Städten. Dabei mussten auch sie mit Aussperrung und Entlassung rechnen. Tatsächlich bezahlten einige Streikführer ihr Engagement später mit dem Verlust der Stelle.

Organisiert hatte den Streik wie überall die lokale Arbeiter-Union. Präsident war der Werkstättearbeiter Johann Högger, der auch im Gemeinderat sass. Als sich die Arbeiter am Dienstagmorgen am Hafenplatz trafen, wurde ihnen klar, dass sich viele ihrer KollegInnen den Drohungen der Patrons gefügt und es nicht gewagt hatten, die Arbeit niederzulegen. Darauf machte sich Empörung breit, und bald war der Entschluss da, man müsse bei dieser Sachlage direkt intervenieren. Im Visier war zunächst der Verleger der «Rorschacher Zeitung», Cavelti, und die Druckerei Loepfe-Benz AG im Herzen der Stadt. Am Nachmittag war das Betriebsgebäude von Streikenden umstellt, die sich entschlossen zeigten, die Auslieferung der Zeitung zu verhindern. Da wandte Cavelti einen Trick an: Der 15jährige Ausläufer Ernst Walser sollte den Sack mit den Zeitungen zur Post bringen. Doch der Junge wurde von zwei Streikenden verfolgt, als er die Signalstrasse hinunterlief. Er flüchtete in ein Wohnhaus an der Hauptstrasse, und dort kam es zu einem Gerangel mit den Verfolgern. Der Maschinensetzer Ernst Gruber behändigte den Sack, brachte ihn zur Druckerei zurück und warf ihn dort wieder in den Innenhof.

Darauf versuchte es Cavelti höchstpersönlich. Zusammen mit dem Setzerlehrling Langenauer machte er sich auf den Weg zur Post. Kaum aus dem Haus, wurden die beiden von Arbeitern umringt. Diese machten dem Verleger unmissverständlich klar: «Der Sack bleibt da!» Cavelti sah ein, dass er keine Chance hatte und kapitulierte unter Protest. Im späteren Strafverfahren gegen einige Streikende versuchte er dafür, den Rorschacher Anwalt Johannes Huber zu denunzieren. Huber war damals ein bekannter SP-Politiker. Er verteidigte einige Mitglieder des Oltener Aktionskomitees im grossen Streikprozess und wurde ein Jahr später in den Nationalrat gewählt. In die Geschichte ging er als «achter Bundesrat» ein, weil er während des Zweiten Weltkriegs die wichtige Vollmachtenkommission präsidierte. Cavelti wollte nun gehört haben, wie die Streikposten sagten, sie handelten «auf Anweisung von Huber». Tatsächlich hatte Huber vor den Streikenden eine Rede gehalten. Ob er dabei den Satz «Arbeiter, Ihr werdet dafür sorgen, dass die «Rorschacher Zeitung» nicht herauskommt» wirklich geäussert hat, blieb jedoch umstritten. Das Bezirksamt getraute sich jedenfalls nicht, gegen den prominenten Anwalt ein Strafverfahren einzuleiten. Dies im Gegensatz zu gewöhnlichen Arbeitern, die nach dem Streik gerichtlich verfolgt wurden.

Die St.Galler Staatsanwaltschaft hatte die Untersuchungsbehörden angewiesen, sämtlichen mutmasslichen Straftaten während des Generalstreiks nachzugehen. Im Januar 1919 lieferte das Rorschacher Bezirksamt einen fast



Textilbetrieb der Feld-
mühle AG, Rorschach.

50seitigen Bericht ab. Anhand dieses Dokuments lässt sich der Verlauf der Protestaktionen auf der Strasse zum grossen Teil rekonstruieren. Mehreren Betrieben stattete der Streikzug einen ungebetenen Besuch ab, natürlich auch der Feldmühle, Rorschachs bedeutendster Industrieanlage. Die Feldmühle wurde später, im Jahr 1946, Schauplatz eines legendären Streiks.

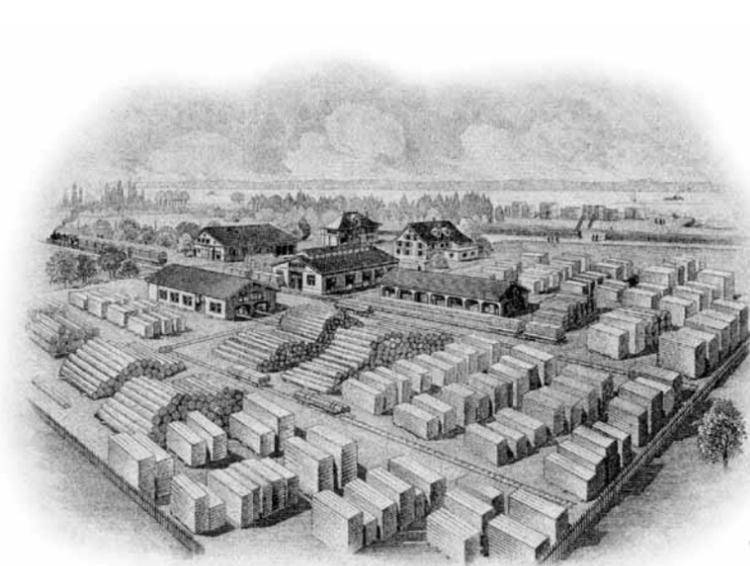
Als nun die Arbeiter vor den Fabrikatoren standen, trat eine Delegation mit Unionspräsident Johann Högger schnurstracks ins Büro des Direktors Loeb. Der wurde aufgefordert, den Betrieb sofort zu schliessen, sonst könne man «für nichts garantieren». Loeb widersetzte sich mit dem Hinweis auf die Fabrikkommission, die «dringend gewünscht» habe, dass man weiterarbeiten könne. Unter Protest besann sich Loeb dann aber eines Besseren und sicherte die Schliessung ab Mittag zu. Er habe Schäden befürchtet, die «uns ja doch nicht vergütet worden wären», gab er dem Richter verärgert zu Protokoll.

Das ultimative Auftreten der Arbeiter führte auch beim Stickereigeschäft Zürn & Cie. zum Erfolg. Der Inhaber zeigte sich vom Aufmarsch beeindruckt und wollte nichts riskieren: Er überlasse es seiner Arbeiterschaft, ob sie die Arbeit niederlegten oder nicht, liess er verlauten. Johann Högger und der Schlosser Theo Surbeck gingen darauf zu den Arbeiterinnen in den Saal und erklärten ihnen, «dass nun in der ganzen Welt eine Umwälzung stattfindet, die Sozialdemokratie mitmache und die Umwälzung durchführe», wie sich eine Zeugin erinnerte. Man wolle den Achtstundentag sowie die

Militärschneiderinnen,
1915.

Bezahlung der Lohnabzüge seit Kriegsbeginn mit Zins und Zinseszinsen verlangen. Die Arbeiterinnen wurden aufgefordert, nicht als Streikbrecherinnen dazustehen. Die Anspielung, man könne nicht garantieren, dass «die Jungburschen da draussen» keine Gewalt anwenden, bewog die Stickerinnen zur Vorsicht: Sie stimmten mehrheitlich für die Arbeitsniederlegung. Auch der zweite Streiktag begann mit einer Ansprache auf dem Hafenplatz.





Sägerei Gebr. Stürm,
Goldach.

Johann Högger gab bekannt, dass in diversen Betrieben der Umgebung immer noch gearbeitet werde. Erneut machte sich Empörung breit, und man formierte wie am Vortag einen Demozug, der sich nun sogar über Rorschachs Grenzen hinaus nach Goldach in Bewegung setzte:

zur Sägerei Gebrüder Stürm im Rietli. Dort forderte der Sprecher der Demonstranten, der Schuhmacher Amletto Locatelli, die Holzarbeiter auf, sofort aufzuhören. Zunächst stiess er auf taube Ohren, und es entstand ein Disput, bis schliesslich Frau Stürm, die Gattin des Patrons, erschien und klein beigab. Stürm selber bekannte später, er habe nachgegeben, weil er befürchtete, es könnten noch Scheiben in die Brüche gehen.

Nächste Station war die Marmorsäge Schmid & Zuber. Wieder wurde dem Inhaber klargemacht, es sei eine Provokation, wenn er am Generalstreik die Beschäftigten arbeiten lasse. Doch Alex Schmid, der Besitzer, weigerte sich und wollte auch keine Delegation einlassen. Offensichtlich wusste der Unternehmer Militärkräfte im Rücken. Als dies die Arbeiter realisierten, zogen sie wieder ab. Man liess jedoch einige Streikposten zurück. Diese walteten ihres Amtes, als die Angestellten in die Mittagspause wollten. Aktenkundig wurde ein Scharmützel mit dem Polisseur Niklaus Roos: Der Mann wurde am Arm gepackt und auf die Seite gezogen, als er sich an den Posten vorbeidrücken wollte. Roos gelang es, sich loszureissen. Hinter ihm erschollen wütende Rufe. Im Einvernahmeprotokoll wurden sie mit folgenden Worten festgehalten: «Wart nu, Bürstli, mir kömmet di scho no über!» «Du kunnst no uf den Grind über».

Der Streikzug wirkte auch beim Goldacher Stickereibetrieb Union die Schliessung. Geschäftsführer Hagge lenkte aus Angst vor Ausschreitungen ein: «Es hat ja keinen Zweck, gegen den Strom zu schwimmen», gab er später an. Mehr zu tun gab es bei den Textilwerken Blumenegg, die heute noch existieren. Als die Demonstranten in Rorschach vernahmen, dass die Arbeit in dem im hintersten Goldachtobel gelegenen Betrieb nicht eingestellt worden sei, schickten sie zwei Delegierte mit dem Velo auf den Weg. Diese forderten von Geschäftsleiter Faes die Schliessung, ansonsten werde der Demonstrationzug vorbeikommen. Faes wollte jedoch nur mit dem Präsidenten der Arbeiter-Union persönlich verhandeln. Johann Högger liess sich jedoch kurzfristig nicht auftreiben, «weil sich der Zug verlaufen hat», wie es hiess. Stattdessen erschien eine Dreierdelegation mit Jean Geser, Carl Ruosch und Carl Wälli. Sie warnten Faes vor Konsequenzen: Wenn der Demozug komme, gebe es keine Garantie, dass es keine «Ausschreitungen von Seiten extremer Elemente» gebe. Faes willigte aber erst in die Schliessung ein, nachdem er beim Goldacher Gemeindamt um militärischen Schutz ersucht hatte, aber den Bescheid erhielt, man könne dem nicht entsprechen.



Textilwerke Blumenegg AG, Goldach.

Zwei Tage lang hatten die Rorschacher Arbeiter einen starken Auftritt. Plötzlich waren sie es, die den Gang der Ereignisse bestimmten – die Machtverhältnisse standen Kopf. Ein einziger Aufmarsch hatte genügt, um ganze Betriebe lahmzulegen. Die bekannte Losung «Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will» war für einmal Tatsache geworden. Doch das grosse Drohpotential war nicht allein auf die Entschlossenheit der Streikenden, sondern wohl auch auf den Schock der Bürgerlichen zurückzuführen. Ein solches Aufbegehren hatten sie nicht erwartet, und sie waren alles andere gewohnt, als sich von Proletariern befehlen zu lassen. Die Umkehrung der Verhältnisse war perfekt. Zudem schienen die Bürgerlichen das Opfer ihrer eigenen Projektionen geworden. Das Phantasma der Revolution und des «bolschewistischen Umsturzes» das die banale Forderung nach dem Achtstundentag ausgelöst hatte, entfaltete seine Wirkung.

Von Revolution war indessen auch in Rorschach keine Spur. Die Arbeiter wollten ja keine andere Gesellschaftsordnung installieren, sondern nur dem Generalstreik Nachachtung verschaffen. Gewalttätigkeiten gab es keine, nur harmlose Scharmützel wie jenes mit dem Fahrknecht Josef Hässler, einem Angestellten des Rorschacher Baugeschäfts Rudig. Hässler war am Mittwoch mit seinem Fuhrwerk zum Kornhaus unterwegs, wo er Kies laden wollte. Er lief dabei den Streikposten Antonio Bersi und Gaetano Sgarbi in die Hände, die ihn aufhalten wollten. Als sich Hässler widersetzte, warfen die beiden seine Schaufel in den See. Da musste auch Hässler mit der Arbeit passen. Später klagte Baumeister Rudig dem Untersuchungsrichter, er sei wegen der Aktion gezwungen gewesen, das Fuhrwerken ganz einzustellen. Darüberhinaus habe er noch einen Schaden von Fr. 8.– (Schaufel) erlitten.

Nach dem Streik wendete die Rorschacher Justiz viel Energie auf, um die Streikführer zu kriminalisieren. Anscheinend lastete über den Justizbeamten ein ziemlich grosser politischer Druck. Dies wird an der peinlichen Akribie sichtbar, mit der jede noch so kleine Begebenheit auf deliktische Qualitäten abgeklopft wurde. Schliesslich wurden acht Streikende, nämlich Johann Högger, Theo Surbeck, Antonio Bersi, Amletto Locatelli, Theo Schoch, Johann Ehrbar, Jean Geser und Ernst Gruber wegen Nötigung vor dem Bezirksgericht angeklagt. Das Gericht verurteilte Bersi, Locatelli, Schoch und Gruber am 8. Mai 1919 zu einer Busse von je 30 Franken. Die übrigen Angeklagten wurden mangels Beweisen freigesprochen. Anwalt Johannes Huber hatte für alle Freispruch beantragt. Der bedingte Straferlass wurde den Aktivisten ausdrücklich verweigert. Dies geschah mit dem Hinweis auf die «arge Erregung und Verbitterung in weitesten Volkskreisen». Im Urteil heisst es, dass es im Volke nicht verstanden würde, «wenn Mitschuldige am Streik lediglich mit einer bedingten Verurteilung davonkommen würden». Dass bei der

Nötigung. Bis heute werden Oppositionelle wegen Nötigung von der Justiz verfolgt. Bekanntes Beispiel aus St.Galen: 1992 wurden über 250 GegnerInnen des unnötigen Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen vom Gossauer Bezirksgericht zu Bussen von mehreren hundert Franken verurteilt. Die AktivistInnen hatten die Bauarbeiten blockiert. Der jahrelange gewaltfreie Widerstand löste eine breite Debatte über militärische Verschwendung und Umwelterstörung aus.

Sarganser Eisenbahner vor dem «Fehmgericht»: «Jetzt galt es, Farbe zu bekennen»

Strafzumessung so offen politische Aspekte eingestanden wurden, musste bei den Verurteilten den Eindruck einer Klassenjustiz hinterlassen.

Fast wäre die Hartnäckigkeit der Strafverfolger ins Lächerliche gekippt, wie der Fall Steinach zeigt. Am Donnerstag, 14. November, stellte der Gemeinderatsschreiber von Steinach fest, dass am öffentlichen Anschlagbrett beim Restaurant Sonne die offizielle Mitteilung des St.Galler Regierungsrates «betr. Abbruch des Landesstreicks» weggerissen worden war. Als Täter geriet zuerst der Kantonsschüler Franz Bommer in Verdacht. Schliesslich gab der Dreherlehrling Heinrich Grob die «Tat» zu. Nur knapp entging er einer Anklage wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung. Der Lehrling konnte den Richtern doch noch glaubhaft machen, dass die Mitteilung in der Mitte bereits einen Riss gehabt und er den Rest weggeworfen habe, weil sie ja ohnehin niemand mehr habe lesen können.



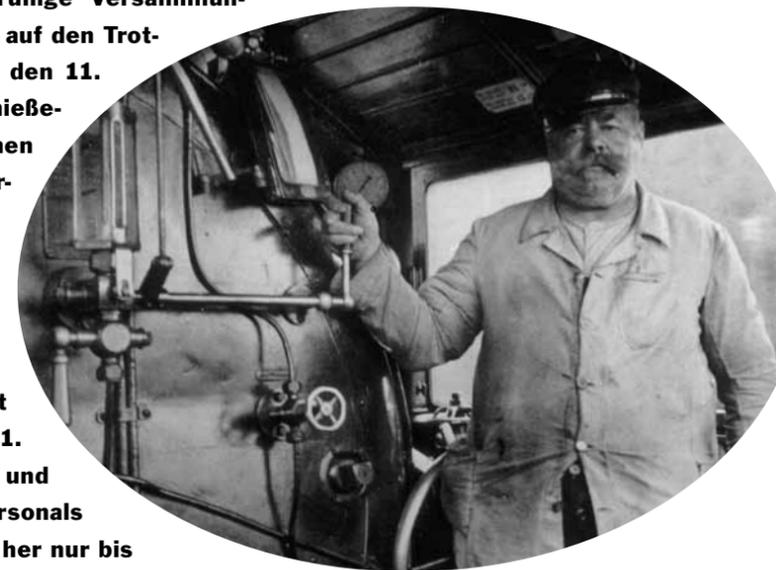
Bauarbeiter



Protokoll SP Bezirk Sargans

◀ Mit nachfolgenden Zeilen will ich versuchen, in möglichster Kürze einige Einzelheiten des Landesstreiks festzuhalten. Der zürcherische Regierungsrat versetzte die Arbeiterschaft in gewaltige Erregung durch eine ungeheuerliche Provokation, indem er auf blöde Schwätzereien und grundlose Verleumdungen gestützt, eine bedeutende Militärmacht in und um die Stadt werfen ließ. Als Protest wurde ein 24stündiger Streik angesetzt. Die berittene, bäuerische Soldateska benahm sich gegen ruhige Versammlungen, gegen wehrlose Frauen u. hilflose Kinder auf den Trottoirs derart, daß der Streik auch auf Montag, den 11. November ausgedehnt wurde. Infolge der Schießereien der Truppen und namentlich den bühischen Exzessen der Luzerner Dragoner stieg die Erbitterung bis zum Platzen, bis der Landesstreik gefordert wurde gegen die Gewalttaten der Machthaber, die nicht wissen, was arbeiten und hungern und frieren heißt. Das Aktionskomité mußte, dem drängen nachgebend, den Landesstreik erklären, der um Mitternacht v. 11/12 beginnen sollte und begann. Da am 11. November der Streik im ganzen Kanton Zürich und in Rapperswil mit Einschluß des Verkehrspersonals durchgeführt wurde, konnten die Züge v. Chur her nur bis Richterswil fahren. Der letzte Abendzug Zch – Chur wurde freigegeben, hauptsächlich, um auf der Reise befindlichen Frauen und Kindern die Heimfahrt ermöglichen zu können. Mit diesem Zug kehrten die Sarganser Genossen zurück, welche am Morgen seeabwärts fuhren und im Streikgebiet stecken blieben. Sie brachten die Aufrufe zum Landesstreik, vom Aktionskomité und den Verkehrspersonalverbänden unterzeichnet mit.

Jeder Gewerkschafter, jeder halbwegs vernunftbegabte Arbeiter wußte somit, was er zu tun hatte, ob er den Mann zeigen, oder ob er zum Verräter an der Arbeiterschaft werden wolle und den Arbeitsbrüdern in den Rücken zu schießen fähig sei. Jetzt galt es, Farbe zu bekennen. Am Morgen des 11. November war unser Präsident Illi ahnungslos wie alle seine Kollegen nach St. Gallen gefahren zur Großratssitzung, um sein, von den Wählern übertragenes Mandat als Kantonsrat auszuüben. Kaum dort ausgestiegen, erhielt er wie andere auch Kunde von den inhaltsschweren Ereignissen. Deshalb mußte er wie auch die bürgerlichen Ratsherren gleichen Abends heimkehren, ansonst er in St.Gallen hätte Ferien machen können. Wir erwarteten ihn also alle am Bahnhof, was für Kunde er aus der Kantonshauptstadt bringe. Es ist noch nachzutragen, daß noch am Montagabend die Feuerwehr in Mels den



Lokführer, 1923.

arbe zu bekennen

Bahnhof und die Kantonalbankfiliale besetzten, sonst hätten wir die genannten Objekte wahrscheinlich gestohlen oder gesprengt. Heilige Einfalt, was doch sinnlose Angst gebiert!

Genosse Illi berichtete, daß er in der Fraktionssitzung – über die zu erwartende Situation im Sarganserland befragt, – die bestimmte Erklärung abzugeben habe, daß von den Industriearbeitern des Bezirks Sargans nichts, aber auch gar nichts zu erwarten sei in Bezug auf Arbeitsniederlegung. Das könne er versichern auf Grund erfahrener Menschenkenntnis. Er hat wohl daran getan, sich keinem trügerischen Optimismus hinzugeben, wir wußten es ja Alle auch zum Voraus. Der Verlauf der Dinge hat ergeben, was wir erwarteten. Die vom Fahrpersonal und Depotpersonal streikten allein mit Ausnahme eines Rangiermeisters und eines Rangierarbeiters. Gewiß: Es ist sehr verständlich, daß die oberländischen Industriearbeiter nicht streikten, nicht streiken konnten. Dazu sind sie noch viel zu abhängig von ihrer Umwelt und meistens gar nicht oder schlecht organisiert. Wir meinen aber: Es macht sich nicht gut, mit großen Worten die Faust zu machen, wenn man weder Kraft noch Mut besitzt, sich mit streikenden Arbeitsbrüdern solidarisch zu erklären. Glücklicherweise wurde das auch nicht verlangt und es ist gut so.

Am Montag Abend schon wurde aus allen Gegenden Militär zusammengezogen und in Walenstadt versammelt. Vom Dienstag Morgen bis Abend und auch Mittwochs entleerte sich das Rheintal und das ganze Bündnerland, um den Sozi die Mucken auszutreiben. Mit Automobils wurden die Braven befördert, während andre zu Fuß sich beeilten, das Vaterland zu retten. Am Mittwoch Nachmittag wurde in Sargans die Feuerwehr aufgeboden und Sturm geläutet, während die rund 60 Mann streikenden Eisenbahner sich ganz ruhig bei absolutem Alkoholverbot im Streiklokal im Hotel Thoma aufhielten. Sogar der Landsturm wurde aufgeboden, und als zirka 1500 Mann Militär in Sargans beisammen waren, sehr gut bewaffnet, sogar eine Maschinengewehrkompanie dabei, da konnte es los gehen, da traute man sich stark genug gegen die 60 unbewaffneten Mannli. Alle Ein- und Ausgänge des Bahnhofs wurden militärisch besetzt und der Tanz konnte beginnen. Per Telephon berichtete der Bahnhofsvorstand in's Hotel Thoma: Der Militärkommandant v. Sargans, Hptm. Fasel, wünsche uns zu verhören, warum wir streikten. Es wurde eifrig debattiert, ob man dem Verlangen Folge geben soll oder nicht. In der Erwägung, daß wir doch nicht entrinnen konnten bei der reaktionären Gesinnung im ganzen Ober- und Bündnerland, das Zugspersonal war in Uniform, wurde beschlossen, in corpore nach dem Bahnhof zu trotten, da wir ja ein gutes Gewissen hatten.

Kaum war der letzte über die hölzerne Passerelle gestolpert, als sich der militärische Kordon um uns schloß mit aufgepflanztem Bajonett. Der Bahnhof war buchstäblich belagert von den Truppen. Die Genossen Illi und Stähli wurden nacheinander in's Büro gerufen, wo ihrer ein Schauspiel für Götter



Bahnangestellte.

harrte: Mit fürchterlicher Amtsmiene hatte sich hinter dem Tisch, wo wir sonst unsere Reservzeddel schrieben, der Herr Kommandant, Hptm. Fasel, als Vorsitzender des improvisierten Kriegsgerichts aufgepflanzt. Ihm zur Seite einige Lieutenants und Oberlieutenants, andere Hampel-pardon Hauptmänner, unter ihnen die Gebr. Örtli und der feißte Hans Broder als Prügell... und 2 Majore; denkt Euch die hohe Ehre mit den vielen blitzenden Säbeln! Es wäre zu lachen, wenn es nicht so traurig wäre! Der Herr Vorsitzende stand nun auf in seiner ganzen, magern Größe, nahm das Militärstrafgesetzbuch in die Hand so feierlich wie eine Bibel und las mit rollenden Augen herunter, was uns fürchten machen sollte: Sofortige Entlassung, 1000 Fr. Buße & 1/2 Jahr Gefängnis. Ola, wenn das nicht wirkte! Es fehlten nur 2 Kerzen und der Totenschädel unter dem Krucifix und der Hokuspokus war fertig!

Die Genossen aber blieben fest und ließen sich zwischen die Bajonette nehmen, wo sie auf der andern Bahnhofseite in Reih und Glied aufgestellt wurden. So erging es noch vielen Genossen. Während dessen mußten die Oberländer Landstürmler auf Kommando Patronen laden, um den Bölma wirkungsvoll zu gestalten. Um des Gruseln vollends beizubringen, waren auf dem Rheintaler Einsteigeperron Maschinengewehre aufgestellt oder abgelagert. Dies Alles samt den blitzenden Bajonetten und den ach so furchtbar drohenden Verschußriegeln der mordlüsternen Soldateska konnte 15 Mann einschüchtern. Sie hielten dem Augenrollen des Vorsitzenden des Fehmgerichts nicht stand und erklärten sich arbeitswillig.

Soviel die elenden, in miserablen Zustände sich befindlichen Arrestzellen des Sarganser Rathauses Platz boten, wurden wir 8 Mann mit 28 Mann militärischer Bedeckung mit aufgepflanztem Bajonett und dem Landjäger zur Seite, unter dem Beifall der Bevölkerung dorthin eskortiert. Eine andere Abteilung Flügelradmänner spazierten im Marschtango ebenfalls unter höhnischen Zurufen der Melser, in die Arrestzellen des Melser Rathauses, wo sie aber Centralheizung und ein opulentes Nachtessen vorfanden. Die größte Abteilung der aufrecht gebliebenen sollte per Lastauto nach der Luzisteig verbracht werden. Es kam aber nicht dazu, diesen Transport auszuführen. Die Komödie mit den Kriegsartikeln zog sich bei den quartettweise vor Fehmgericht zitierten so in die Länge, daß noch lange nicht alle an der Reihe gewesen, ein Ehrengelichte zu erhalten, als das noch nicht eingesperrte Lokomotivpersonal, von dem schon einige längst in den Zellen saßen, nochmals



Heizer im Lok-Depot
Basel, 1925.

Besprechung mit dem gesamten Streikpersonal forderte im Hinblick auf die Situation, die entstanden durch die 15 Umgefallenen. Diesem Verlangen wurde entsprochen und wir Eingesperreten trotteten diesmal ohne Ehrengel-

leite, aber schweren Herzens, wir wären lieber im Arrest geblieben, nach dem Bahnhof, wo im Kondukteurzimmer die Beratung stattfand.

Genosse Illi teilte mit, daß Hptm. Fasel ehrenwörtlich versichert habe, daß der Streik laut Berichten von milit. Vorgesetzten und bahnamtlicher Seite bereits verloren; daß in der Westschweiz und im Rheintal gefahren werde, Oberst Sonderegger Herr der Situation in Zürich, daß wir also das Spiel verloren hätten. Angesichts der Tatsache, daß schon einige des Lokomotivpersonals schwankend geworden, daß wir beim Zugspersonal sogar 15 Umgefallene zählten, hätte allerdings unser Opfer keinen Sinn mehr gehabt bei der maßlos erbitterten und aufgehetzten Bevölkerung inmitten der Truppenmassen. Unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß, wenn sich herausstellen sollte, daß etwas nicht wahr, was ehrenwörtlich versichert, wir sofort wieder in Ausstand treten würden, fügten wir uns ins Unvermeidliche, wollten wir nicht Frau und Kind der Rachsucht der Bevölkerung preisgeben, die ohnehin während des Streiks keine Milch erhielten. Also wurde in jeder Richtung Züge abgelassen, aber Maschinen- und Zugspersonal kehrten nicht wieder, sondern blieben in Rorschach und Chur bis zur allgemeinen Proklamierung des Streikabbruchs. Mit Bajonetten und Maschinengewehren war der Landesstreik niedergeknüppelt und die Angst der bürgerlichen Machthaber machte sich Luft mit überall einsetzender rachgieriger Reaktion. Auf jedem Platz amteten die militärischen Untersuchungsorgane, auch in Sargans.

Auf Anstiften des demokratischen Kantonsrates und Parteipräsidenten, Souchef Wildhaber, der zugleich Präsident des Eisenbahnarbeitervereins und des Turnvereins ist, gingen sie Alle hin, die christlichen Wangser, Vilterser, Melser, Hl.-Kreuzer und Sarganser, diese Auchkollegen und der [...] Gewerkschaften und verleumdete ihre aufrechten Kollegen vom Fahrdienst als Hetzer. Die Folge dieser niedlichen Angeber war, daß bis Anfang Februar 11 Kollegen des Zugs- und Lokomotivpersonals aus den militärischen Untersuchungsakten als Angeklagte, die nächstens sich vor Kriegsgericht zu verantworten haben, hervorgegangen sind, darunter figurieren 3 Nichtgenossen. Wir wollen keinen Stein werfen auf die, welche nicht standhaft blieben, darunter auch ein Genosse, Philemon Good, sich befindet. Denn so wie in Sargans uns mitgespielt wurde, unter solchen Verhältnissen hatte niemand zu dulden. Hingegen muß aber auch betont werden, daß sich auch Nichtgenossen einsperren ließen. Da sie vorher lange schwer verkannt, aber während des Streiks sich als Männer darstellten, seien ihre Namen ehrend gewürdigt. Es sind die Kollegen: Fäh Albert, Imholz Joh., Eichmüller, Lok-Führer Zwinggi, Friell Hans, Eberle Emil, Eggenberger Leonhard. Ein Hoch für ihre bewiesene Solidarität und Mannesmut! ➔

30

Die Christlichen

Dieter Holenstein

Da sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der Schweiz die Idee von politisch und konfessionell neutralen Einheitsgewerkschaften immer mehr zerschlagen hatte, gründeten im Jahre 1899 in St.Gallen rund 150 Arbeiter mit kirchlicher Unterstützung den ersten christlichsozialen Arbeiterverein der Schweiz. Damit war der Grundstein gelegt für den Aufbau einer katholisch geprägten Arbeiterbewegung. Ihr Organisationsmodell beruhte auf drei Säulen: konfessionelle Arbeiter- bzw. Arbeiterinnenvereine, interkonfessionelle Gewerkschaften und Genossenschaften. Innerhalb der schweizerischen Arbeiterbewegung etablierten sich die Christlichsozialen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges als zweitstärkste Kraft. Die grossen Leitfiguren ihrer Bewegung waren bis über den Ersten Weltkrieg hinaus die beiden Geistlichen Johann Baptist Jung, lange Jahre Religionslehrer an der Kantonsschule St.Gallen, und Alois Scheiwiler, der spätere Bischof von St.Gallen.

Von zentraler Bedeutung waren für die Christlichsozialen zwei Grundpositionen, die schliesslich auch im Landesstreik 1918 in aller Deutlichkeit zum Tragen kamen: die Verankerung in der katholischen Subgesellschaft sowie der Konfrontationskurs zur Sozialdemokratie.

Der zweite Punkt zeigte sich in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nicht zuletzt in einer Polarisierung auf programmatischem Gebiet. Während sich die SPS als auch der SGB schon vor Weltkrieg und Landesstreik auf eine marxistisch-klassenkämpferische Grundlage gestellt hatten, strebten die Christlichsozialen die Ständeversöhnung, d.h. ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen am Produktionsprozess beteiligten gesellschaftlichen Gruppierungen an. Es überrascht deshalb nicht, dass die gegensätzlichen Positionen auch in der Beurteilung des Generalstreiks klar zu Tage traten. Dieser wurde auf christlichsozialer Seite als so offensichtlich inakzeptables und untaugliches Kampfmittel angesehen, dass er in den leitenden Bewegungsgremien bis ins Vorfeld des Landesstreiks 1918 gar nicht zur Sprache kam. Immerhin wurde er 1912 im «Arbeiter», dem Organ für die Ständevereine der Männer, als «Generalunsinn» bezeichnet, und fünf Jahre später wurde gleichenorts entschieden festgehalten, der Generalstreik bedeute in jedem Fall «ein Spielen mit Feuer und Schwert, mit Blut und Revolution».

Ende 1918 wiesen die Christlichsozialen 11'012 Mitglieder in den Arbeiter-, 19'461 in den Arbeiterinnenvereinen und 8158 in den Gewerkschaften aus. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund seinerseits zählte zum gleichen Zeitpunkt 177'143 Werktätige in seinen Reihen. Schon dieser Vergleich veranschaulicht, dass die Christlichsozialen den Streikverlauf nicht zu beeinflussen vermocht hätten. Nichtsdestoweniger nahmen sie aber schon im Vorfeld des Konfliktes unmissverständlich Stellung und bestätigten dabei ihre bisherigen programmatischen Grundpositionen. Scharfe Äusserungen gab es vor allem



Johann Baptist Jung,
Gründer der christlichsozialen Arbeiterbewegung.



Alois Scheiwiler,
1907, christlichsozialer Arbeitersekretär,
später Bischof von St.Gallen.

31

sozialen – mehr lagentreu als soli

nach dem tatsächlichen Ausbruch des Landesstreiks am 9./10. November 1918: Die Arbeiterschaft wurde in insgesamt acht Flugblättern dazu aufgefordert, weiterzuarbeiten und nicht in den Ausstand zu treten. Der Grundtenor der Aufrufe lässt sich am treffendsten mit der Kurzformel «Abwehr des bolschewistischen Umsturzversuchs» charakterisieren. Ohne jede Einschränkung wurde der Landesstreik nicht bloss als letztes und massivstes Mittel einer sozialdemokratischen Pressure-Politik, sondern vielmehr als Werk durchtriebener Revolutionäre dargestellt, die – durch das russische Vorbild geblendet und von bolschewistischem Gedankengut verdorben – den Sturz der bestehenden Ordnung auf gewaltsame Weise erzwingen wollten.

In einem «Appell der christlichen Arbeiterschaft an das Schweizervolk», der am 9. und 10. November in konservativen Tageszeitungen erschien, wurde nicht nur die Umsturzgefahr in der Schweiz dramatisch geschildert, sondern sogar das Gespenst einer heimlich geplanten bolschewistischen Weltrevolution an die Wand gemalt: «Drohend steigen am Horizont die düstern Wolken des Welt-Bolschewismus empor. Im Dunkeln schleichende Mächte arbeiten unter dem täuschenden Deckmantel der Arbeiter- und Volksfreundlichkeit auf einen revolutionären Umsturz der bestehenden Verhältnisse hin.»

Angesichts dieser Aufrufe der Bewegungsleitung bleibt vor allem auch die Frage zu klären, wie sich denn die christlichsoziale Basis in den Streiktagen

verhielt. Da Sitzungsprotokolle und andere schriftliche Aufzeichnungen während des Streiks weitgehend fehlen, ist die Beantwortung dieser Frage nur sehr fragmentarisch möglich. Einige Informationen zu St.Gallen konnte der spätere Philosophielehrer und Mörschwiler Vikar Emil Spiess geben. Er verbrachte die Landesstreiktage in St.Gallen. Sein Vater führte 1918 mit dem Restaurant «Mühlebach» das christlichsoziale Stammlokal im Zentrum von St.Gallen. Laut Spiess fanden sich während den Streiktagen rund 40 christlichsoziale Arbeiter, unter ihnen vor allem Packer und Kartonnagearbeiter aus der Textilbranche, im «Mühlebach» ein, da ihre

Betriebe stillgelegt gewesen seien. Zu einer aktiven Streikbeteiligung sei es aber ebenso wenig gekommen wie zu Zusammenstössen mit sozialdemokratischen Arbeitern. Spiess' weitere Aussagen, wonach sich die Lage in der Stadt ruhig präsentiert habe und es zu keinen Gewaltakten gekommen sei, decken sich mit dem Bericht des Polizeinspektorates St.Gallen über den Landesstreik.

Arbeiter in der Textilfabrik Heberlein, Wattwil.



Bemerkenswerte Auskünfte zum Streikverlauf in Herisau konnte Alfred Horber, später Zentralpräsident des Christlichen Textil- und Bekleidungsarbeiterverbandes der Schweiz, liefern. Er erlebte die Novemberunruhen 1918 als Ladenhilfe und Laufbursche in einem Kolonialwarengeschäft und als Mitglied des lokalen christlichsozialen Arbeitervereins. Interessanterweise unterstreicht Horber, dass er wegen der sozialen Not der Arbeiter bei gleichzeitiger Bereicherung der Unternehmer die Ausrufung des Landesstreiks begrüsst habe. Überhaupt hätten praktisch alle christlichsozialen Textilarbeiter, zirka 70 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt. Sie seien keinesfalls daran interessiert gewesen, den Streik, der sich in Herisau im wesentlichen auf die Textilfabriken beschränkt habe, zu brechen. Gemeinsame Versammlungen mit den Sozialdemokraten hätten aber nicht stattgefunden. Horbers Äusserungen sind aussergewöhnlich, liefern sie doch einen der wenigen Anhaltspunkte für eine aktive Beteiligung christlichsozialer Arbeiter am Landesstreik. Entsprechende Hinweise auf andere Fälle waren allerdings nicht zu finden. Immerhin vermerkte Joseph Scherrer 1919 rückblickend, es fehle «nicht an Mitgliedern, die den starken Linkskurs gerne mitgemacht hätten und denen unsere Forderungen zu zahm und unsere Taktik zu überlegt sind» und die «gerne forscher und extremer dreinfahren möchten». Scherrer war nach dem Weltkrieg der starke Mann der Bewegung.

Für die Christlichsozialen bildete die Verankerung in der katholischen Subgesellschaft die zentrale Existenzgrundlage. Das schlug sich, wie gesehen, auch in einer ~~X~~ antisozialistischen Grundhaltung nieder. Gefördert wurde diese durch die politische Blockbildung in der Schweiz um und nach der Jahrhundertwende. Damals erstarkte und radikalisierte sich die Sozialdemokratie, und die gegenseitige Annäherung der Katholisch-Konservativen und des Freisinns, die bis anhin einen jahrzehntelangen Opposi-



Schreiner-gesellen, um 1915.

~~X~~ Antisozialismus. Mit abnehmender Bedeutung der religiösen Milieus und der ideologischen Ausrichtungen rücken heute die christlichen und die SGB-Gewerkschaften näher zueinander. Im Kanton St.Gallen arbeiten der Gewerkschaftsbund, die Christliche Gewerkschaftsvereinigung und die Angestelltenverbände schon länger zusammen. Die Kooperation begann mit der Initiative «Solidarität in der Krise» 1994 und setzte sich seither bei verschiedenen Kundgebungen gegen den Sozialabbau und politischen Vorstössen fort.

idarisches?

Mitbürger!
Das christlichsoziale Volk protestiert
mit der ruhig denkenden Bürgerschaft
gegen den Generalstreik
weil er ... eine rechtsbüreauerische Gewalt ... Unstutz, Aufruhr und Elend über Land und Volk
beraufbeschwört
Auch wir verlangen
— aber auf legalen Wege — ebenso entschieden als entschlossen, dass
sofort die Durchführung
der notwendigen sozialen und politischen Reformen erfolge. Deshalb haben wir von Bundesrat
und Bundesversammlung teigraphisch die Erfüllung
unsere Forderungen
verlangt, welche lauten:

1. **Totalrevision der schweizer. Bundesverfassung.**
2. **Neuwahl des Nationalrates nach Proporz.**
3. **Wahl des Bundesrates durch das Volk.**
4. **Durchgreifende Reform der gesamten Bundesverwaltung.**
5. **Umgestaltung der schweizerischen Armee zu einem Volksheer.**
6. **Alters- und Invalidenversicherung des Schweizervolkes.**
7. **Existenzsicherung des arbeitenden Volkes, ausreichende Lohnerhöhung — Mindestlöhne — Schaffung von Lohnämtern.**
8. **Einführung des Achtstundentages, unter Rücksichtnahme auf die Tragfähigkeit der schweizer. Volkswirtschaft.**
9. **Staatliche Unterstützung des Genossenschaftswesens.**
10. **Deckung der Kriegsschulden durch das Grossevermögen und Grosseinkommen.**

Freunde der Ordnung u. Demokratie!
demonstriert mit der Arbeit und mit Euren Bürgerrechten für die Erfüllung dieser Volksforderungen.
Das christlichsoziale Aktionskomitee.

tionskurs gesteuert hatten, machte grosse Fortschritte. Es liegt auf der Hand, dass für die Christlichsozialen angesichts dieser politischen Grosswetterlage das antisozialistische Bekenntnis die einzige Gewähr bot, nicht aus dem katholischen Lager ausgegrenzt und als Folge davon von der übermächtigen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einverleibt oder gar zerrieben zu werden. Nur so ist erklärbar, dass sie in St. Gallen in den Streiktagen ein Flugblatt verbreiteten, das von der Konservativen Volkspartei sowie – ausgerechnet – von der freisinnigen Partei mitunterzeichnet war und in dem ein «kräftiges solidarisches Auftreten der Bürgerschaft» gefordert wurde, um dem «heute herrschenden Terrorismus Halt» zu gebieten.

Dieses Verhalten wirft natürlich die Frage auf, ob bei den Christlichsozialen, bedingt durch die heftig demonstrierte Lager- und Staatstreue, der Gedanke der Arbeitersolidarität auf der Strecke blieb. Aus sozialdemokratischer Sicht war die Antwort auf diese Frage klar. Zwar wurde der kleine Gegenverband auch im Zusammenhang mit dem Landesstreik vor allem durch Nichtbeachtung gestraft, in einzelnen Pressebeiträgen aber hart angegangen. So meldete am 13. November, mitten in den Konflikttagen also, die St. Galler «Volksstimme», es seien Flugblätter im Umlauf, darunter auch solche der Christlichsozialen, welche die Werkstätigen zur Wiederaufnahme der Arbeit

auffriefen. Weiter hiess es im entsprechenden Artikel: «Wenn das die Herren, Kapitalisten und Geldmensen (...) tun, so ist das erklärlich. Unbegreiflich ist es aber, dass Arbeiter dem arbeitenden Volk in den Rücken schiessen.» Von sozialdemokratischer Seite wurde den Christlichsozialen also Verrat an der Sache der Arbeiter vorgeworfen. Dabei blieb jedoch unbeachtet, dass die Idee eines Landesstreiks – eine Umfage im März 1918 hatte es gezeigt – auch in den Reihen des SGB alles andere als unbestritten war. Der Vorwurf des Arbeiterverrats wirkt aber auch deshalb überzogen, weil die Christlichsozialen die Interessen der Werkstätigen durchaus aktiv wahrnahmen. Allein für das Jahr 1918 wies der Jahresbericht des Zentralverbandes 144 Lohnkontroversen aus, und schon zwischen 1900 und 1914 waren nachweisbar 39 Streiks mit christlichsozialer Beteiligung geführt worden. Ausserdem fällt auf, dass im Zeitraum zwischen 1900 und 1914 34 Streiks, an denen insgesamt 13'505 Arbeiter beteiligt waren, trotz der ideologischen Differenzen von christlichsozialen und sozialdemokratischen Verbänden gemeinsam geführt wurden und dass es

sogar im Landesstreikjahr 1918 bei einer ganzen Reihe von Arbeitskämpfen zu einem Schulterschluss kam. So etwa bei einem Holzarbeiterstreik in Luzern, einem Malerstreik in Zürich, einem Streik von Dekorateurs und Tapezierern ebenfalls in Zürich sowie bei Lohnkämpfen ohne Streik von Bauarbeitern und Schuhmachern in Winterthur.

Dass die Christlichsozialen den Generalstreik ablehnten, lässt sich also aus der Bewegungsprogrammatik sowie aus der starken Bindung an das katholische Lager erklären. Doch es bleibt die Tatsache, dass die christlichsoziale Bewegung bei der wichtigsten und massivsten Demonstration der schweizerischen Arbeiterschaft im 20. Jahrhundert abseits stand – einer Aktion, die wie keine andere das Bewusstsein reifen liess, dass Arbeiterinteressen in den innenpolitischen Auseinandersetzungen nicht einfach mehr übergangen werden konnten. Aus dieser Optik betrachtet hat das christlichsoziale Abseitsstehen im November 1918 durchaus eine schmerzliche Seite.

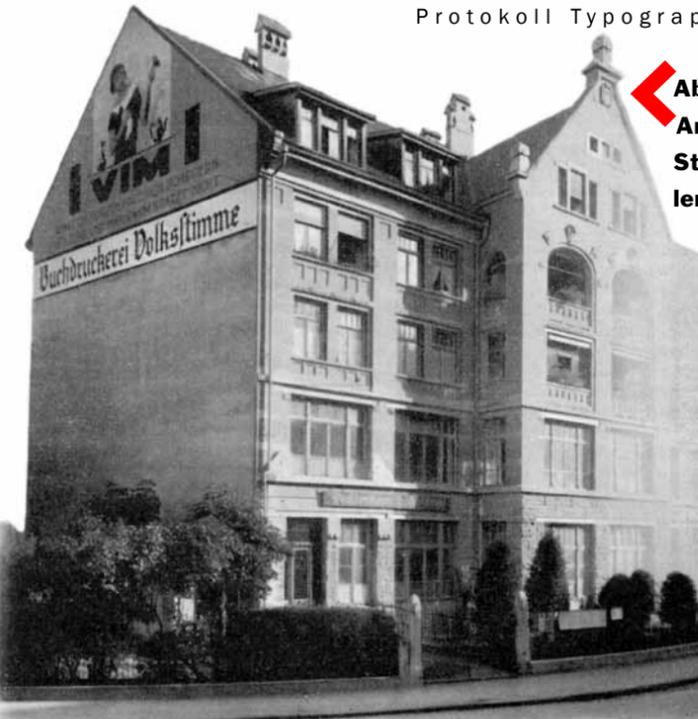
Flugblatt der St. Galler Christlichsozialen gegen den Generalstreik, aber für Reformen, 1918.



Arbeiterfamilie in St. Gallen.

«Alle Offizinen standen still.»

Protokoll Typographia St.Gallen, 12. November 1918



Druckereigebäude der St.Galler «Volksstimme» um 1930.

«Abends 8 Uhr fanden sich im Vereinshaus auch eine Anzahl Buchdrucker ein, um über die Durchführung des Streiks des Nähern zu vernehmen. Gemäß den vom lokalen Aktionskomitee getroffenen Anordnungen würden in der Morgenfrühe des 12. November in erster Linie vor die Buchdruckereien Zollikofer und «Ostschweiz» Streikposten gestellt, um allfällige Arbeitswillige zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Das Personal des «Stadt-Anzeigers» hatte schon am Vorabend sich für Teilnahme am Ausstand entschlossen. Die wenigen Kollegen, die sich vor den Offizinen einfanden, kehrten nach erhaltener Aufklärung wieder um. So ruhte also auch in den Buchdruckereien die Arbeit nahezu vollständig. Soweit möglich, wurden die Typographen auf 11 Uhr vormittags zu einer Zusammenkunft ins Bibliothekszimmer eingeladen; 37 Mann fanden sich an dieser ersten Streikversammlung ein.»

Aus den Berichten war zu erfahren, dass die Einstellung der Arbeit ohne jeden Zwischenfall erfolgte. Die Prinzipale und einzelne Lehrlinge, sowie 2 Faktoren und 1 Gehilfe (davon 2 Mann in der «Ostschweiz» und 1 bei Tschudy) arbeiteten weiter. Zur Entlastung des Vorstandes, der ohnehin nur noch aus vier Mitgliedern bestand (Kollege Spitz musste einrücken und J. Frischknecht und J. Kälin waren krank), wurde eine dreigliedrige Streikkommission gewählt aus den Kollegen Brun, Mühleisen und Straub. Robert Brun übernahm sofort den Vorsitz.

Das Bibliothekszimmer wurde als ständige Zentrale bestimmt. Mindestens ein Mitglied des Vorstandes oder der Streikkommission soll immer anwesend sein. Während des Ausstandes soll daselbst je vormittags und nachmittags eine Versammlung stattfinden zur Entgegennahme der Situationsberichte und zur Bestimmung der Streikposten vor die einzelnen Offizinen.

Nach Weisung des Aktionskomitees hätten die sozialdemokratischen Zeitungen auch während des Ausstandes dringend zu erscheinen, um den Kontakt mit der Bevölkerung aufrecht zu erhalten und sie über die Lage zu unterrichten. Die Kollegen der «Ostschweiz» erklärten aber, wenn alle Offizinen still ständen, müsse auch die «Volksstimme» schliessen. Um keine Uneinigkeit aufkommen zu lassen und dem Standpunkt obiger Mitglieder entgegenzukommen, wurde beschlossen, es habe die «Volksstimme» die Arbeit ebenfalls ruhen zu lassen und Vorsitzender Brun

mit der Überbringung dieses Beschlusses beauftragt. Kollege Hug teilt mit, daß aus unserem Sektionsgebiete auch die Buchdrucker von Rorschach (Cavelti ausgenommen), Flawil, Herisau, Trogen und Arbon der Streikparole gefolgt sind.

Sitzung vom 12. November, nachmittags 3.45. Vorsitz: Robert Brun. – Anwesend Streikleitung, Vorstand und 12 weitere Kollegen. Das Arbeiten in der «Volksstimme» wird eingehend erörtert. Es muss mit dem lokalen Aktionskomitee eine Einigung gesucht werden. Viele Kollegen stellen sich auf den Standpunkt, wenn in der «Volksstimme» gearbeitet werde, dürfen sie auch arbeiten. Otto Baur, Gallusser, Gauggis, Häfeli sind dafür, in der «Volksstimme» nur das Allernotwendigste, auf den Streik und seinen Verlauf bezüglich in kürzester Form zu drucken. In andern Druckereien setzen und drucken Prinzipale und Lehrlinge auch, soviel sie eben können. Präs. Brun vertritt den Standpunkt des Oltener Aktionskomitees.»

«Buchdruckereien. Im November 1994 führte die Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) einen landesweiten eintägigen Streik durch, um die Arbeitgeber zu einem akzeptablen GAV zu zwingen. Die Verleger gefielen sich als Pioniere der Deregulierung und wollten den bestehenden Vertrag nicht mehr erneuern. Auch in der Ostschweiz streikte ein grosser Teil der Drucker. Die Tageszeitungen mussten sich teilweise mit reduzierten Ausgaben begnügen. Eine Streikversammlung in St.Gallen im «Schützengarten» wurde von mehreren hundert Personen besucht.»



Maschinensetzer.

Balabanoffs «Fabrik-Klöster»

Ralph Hug

Wenige Tage vor Beginn des Generalstreiks verwies der Bundesrat die sowjetische Botschaft des Landes. Mit den Diplomaten wurde auch eine Frau ausgewiesen, die dem Bürgertum seit Jahren ein Dorn im Auge war: die Russin Angelica Balabanoff. Ihre Geschichte ist eng mit St.Gallen verbunden.

Angelica Balabanoff stammte aus einer ukrainischen Intellektuellenfamilie und studierte an verschiedenen europäischen Universitäten. Schliesslich schloss sie sich der ArbeiterInnenbewegung an. Als engagierte Sozialistin trat sie 1902 in St.Gallen in Erscheinung, als sie vor Arbeitsemigranten einen Vortrag hielt. Der überzeugten Gewerkschafterin lag vor allem das Schicksal der italienischen Saisonarbeiter, Maurer und Handlanger sowie der Stickerinnen am Herzen. «Die Ostschweizer Arbeiterbewegung verdankt ihr viel», schreibt der St.Galler Historiker Louis Specker.

Dank Angelica Balabanoff bildeten sich im Kanton St.Gallen mehrere Sektionen der Maurergewerkschaften. Die begeisterte Revolutionärin war beim Bürgertum verhasst: Man diskreditierte sie als «russische Agentin» und «bolschewistische Agitatrice». Eine grosse Kontroverse löste sie 1905 durch eine Artikelserie im «Vorboten», dem Vorgängerblatt der «Volksstimme», aus. Darin brandmarkte sie das verbreitete System der Mädchenheime in der Textilindustrie. Diese Heime seien «klerikal-kapitalistische Strafanstalten», in denen junge Arbeiterinnen unter zuchthausähnlichen Bedingungen gehalten und von den Textilbetrieben ausgebeutet würden. Diese Kritik löste einen riesigen Wirbel aus, in dessen Verlauf sich eine Fehde zwischen der Linken und den Christlichsozialen entwickelte, die sich besonders attackiert fühlten.

Die Fabrikheime waren im 19. Jahrhundert entstanden. In der Ostschweiz waren es vor allem Italienerinnen, die in solchen Heimen lebten. Die teils sehr jungen Mädchen verrichteten einfache Arbeiten in den zugehörigen Textilfabriken. In der Freizeit unterstanden sie der Aufsicht von Ordensschwestern, deren Regime klosterähnlich und religiös-streng war. Die Mädchen hatten kaum persönlichen Spielraum, ihre Briefe

wurden zensiert. Im Ausland wurden sie mit vielen Versprechungen akquiriert. Die Rorschacher Feldmühle, aber auch die Spinnerei Murg oder die Kunstseidefabrik Steckborn sicherten sich auf diese Weise eine billige industrielle Reservearmee. Mit der Stickereikrise verschwanden die Mädchenheime zum grossen Teil wieder. In Rorschach jedoch gab es noch nach dem Zweiten Welt-

Murg. Im Kanton St.Gallen entbrannte der letzte Streik 1988 in der Spinnerei Murg. Eine Woche lang wehrten sich die zumeist ausländischen ArbeiterInnen zusammen mit der Gewerkschaft Textil Chemie Papier gegen eine Ausweitung der Schichtpläne. Die Betriebsleitung musste zum Teil zurückkriechen. Sie kam mit dem Versuch, die Arbeitszeit vollständig zu deregulieren, nicht durch. Die Spinnerei wurde im Sommer 1997 von der Besitzerfamilie von Ziegler abrupt geschlossen – ein klassisches Beispiel des «shareholder value».

krieg hunderte von Italienerinnen, die in den dunkelbraunen Holzbaracken in der Nähe der Feldmühle oder der Aluminiumwerke lebten.

Angelica Balabanoff geisselte diese Zustände mit scharfen Worten. Es gehe hier um eine «unter dem Deckmantel christlicher Menschenliebe in Fabrik-Klöstern systematisch betriebene Ausbeutung und Knechtung junger Proletarierinnen». Um noch mehr Löhne zu sparen, suchten die Arbeitgeber nach unerfahrenen Arbeitskräften. Die ohnehin niedrigen Frauenlöhne in der Textilindustrie sollten dadurch noch gedrückt werden. Das Argument, solche Heime dienten «zum Schutze der Moral der Arbeiterinnen», brachte Angelica Balabanoff in Rage: «Derselbe Kapitalismus, der sich nicht davor scheut, Kinder der Familie und der Schule zu entreissen, derselbe Kapitalismus stellt sich noch als Hüter der Moral auf!» Das sei «wohl das Widrigste und Heuchlerischste, was man sich denken kann». Solche Verhältnisse bringe «nur eine klerikal-kapitalistische Allianz» fertig.

Aufgrund dieser Anklage musste die St.Galler Regierung einer Untersuchung zustimmen, die allerdings verschleppt wurde. Heraus kam schliesslich ein Bericht, den der «Vorbote» als schönfärberisch und kritiklos ablehnte. Es gebe

Frauenlöhne. Im März 1994 löste der aggressive Unternehmer Adrian Gasser in der Spinnerei Kollbrunn einen Streik aus. Er hatte sich einmal mehr geweigert, mit der zuständigen Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) über bessere Löhne zu verhandeln. Der einstündige Warnstreik führte zur Kündigung der gesamten Belegschaft, die Gasser in zynischer Manier zu einem tieferen Lohn wieder einstellen wollte. Der Rechtsstreit zu diesem Fall ist noch nicht in letzter Instanz entschieden.

*Werkstatt der Nadel-
fabrik Dubied & Co
AG, Lutzenberg.*



Das Marthaheim, ein Arbeiterinnen- und Mädchenheim an der St.Galler Unterstrasse.



Die Revolutionärin Angelica Balabanoff.

Wg. Grippe ges

Marina Widmer

Die Protokollbücher des Arbeiterinnenvereins Rorschach sind gut erhalten. Wer jedoch nach Ausführungen über den Generalstreik sucht, wird enttäuscht. Wegen der Grippewelle fanden vom August 1918 bis Januar 1919 keine Sitzungen statt. Keine Diskussionen, keine Positionen, keine spannenden Details – nur wieder einmal die Erkenntnis, dass die Frauen die Mehrbelastung, die durch die starke Grippewelle ausgelöst wurde, auf ihren Schultern tragen mussten. Klar, dass darum keine Sitzungen des Arbeiterinnenvereins stattfinden konnten.

Erst in der Januarsitzung 1919 kam es zu einer Aussprache über den Generalstreik: Einzelne Frauen erzählten, dass sie wegen vermeintlicher Soldatenbeleidigung ins Rathaus vorgeladen worden waren. Die Arbeiterinnen der Firma Zürn konnten die ausgefallenen Tage aufgrund des Streikes an Samstagen nachholen, so dass es zu keiner Lohneinbusse kam. Die Feldmühle hingegen, so wurde berichtet, vergütete den Arbeiterinnen den halben Lohn. Wie üblich ist es die «Genossin Dr. Huber», so wurde Marie Huber-Blumberg, die Akademikerin, in den Protokollen respektvoll genannt, die das Frauenstimmrecht thematisierte. Sie sprach ohne grosse Illusionen im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung, aber mit der Gewissheit, dass es irgendwann einmal doch so weit kommen sollte. Eine der wichtigsten Forderungen während des Generalstreikes war diejenige nach dem Frauenstimmrecht. Im Kanton St.Gallen wurde diesbezüglich bereits

Mehrbelastung. In der Wirtschaftskrise trugen die Frauen durch Stellenverlust und Familienarbeit immer noch die Hauptlast. Trotz verfassungsmässiger Gleichstellung liegen die Frauenlöhne in der Privatwirtschaft gemäss der letzten Lohnstrukturerhebung des Bundesamtes für Statistik 1996 im Schnitt um fast 30% tiefer als jene der Männer. In keiner einzigen Branche verdienen die Frauen mehr als die Männer. Dort, wo Tiefelöhne gezahlt werden, im Detailhandel, Gastgewerbe und in der Bekleidungsindustrie, sind die Frauen übervertreten.

keine Klagen über die Behandlung der Mädchen, war in der Untersuchung zu lesen. «Gegen Unbotmässige finden allein die Erziehungsmittel der Strenge und Liebe Anwendung», hiess es verharmlosend. Zwar hätten die Mädchen kein Geld, aber es werde ja für sie gesorgt. Kleine Beiträge für religiöse Zwecke würden sie «freiwillig» abliefern. Und Beweise für Briefzensur gebe es auch keine. Der «Vorbote» quittierte diese Reinwaschung mit bissigen Worten. Dass die Mädchen in der Befragung nur Lob über ihr Internat geäussert hätten, verwundere überhaupt nicht, «weil ja die jungen Arbeiterinnen förmlich zum Lügen erzogen werden». Und gegen die Rechtfertigung dieses raffinierten Ausbeutungssystems wandte das Blatt ein: «Wenn die Zustände in den Fabriken menschenwürdig wären, so hätte man nicht notwendig, die Arbeiterinnen in diese modernen Zuchthäuser zu stecken.» Die halbklosterliche Aufsicht halte die Mädchen nicht nur von den Gewerkschaften ab, sondern zwingte sie noch, zu Lohndruckerinnen gegenüber ihren Kolleginnen zu werden.

Zwar hatte Angelica Balabanoffs Aufklärung eine Skandalisierung dieser Verhältnisse zur Folge. Doch brachte erst die Textilkrise die inkriminierten Heime zum Verschwinden. Die blitzgescheite Russin blieb aber für die Bürgerlichen ein rotes Tuch. Der drohende Generalstreik bot ihnen dann später die günstige Gelegenheit, sich dieser unbequemen Kritikerin zu entledigen. Für die Behauptung, sie wolle in der Schweiz ein «revolutionäres Hauptquartier» errichten, fehlte jedoch jeder Beweis. Angelica Balabanoff selber wies diesen Vorwurf stets zurück. Sie ging anschliessend in die Sowjetunion, wandte sich dann aber von Lenin ab, dessen reine Machtpolitik sie enttäuschte. Doch sie blieb bis ans Ende ihres Lebens überzeugte Marxistin. 1965 starb sie neunzigjährig in Rom.

Jugendliche Fabrikarbeiterin, um 1910.



Weberinnen aus dem Zürcher Oberland, um 1920.

40
41

schlosssen

«Lebhafte Unru

1913 eine Motion von Kantonsrat Johannes Huber (SP) erheblich erklärt. Huber war mit Marie Huber-Blumberg, der engagierten Verfechterin des Frauenstimmrechts, verheiratet. Jahr für Jahr erschien diese Motion auf der Pendenzenliste des Regierungsrates. «Die Behandlung der Motion ruhte während der Kriegszeit», so die Begründung der Kommission in ihrem Bericht 1920 für das jahrelange Liegenlassen. Erst in der Novembersession 1918 des Grossen Rates, fünf Jahre nach der Eingabe, berief der Rat eine Kommission. Stimmt die Begründung der Kommission oder ist nicht doch eher zu vermuten, dass die Wellen des Generalstreiks auch bezüglich des Frauenstimmrechts im Grossen Rat ihre Wirkung zeigten? Dann aber erinnerte sich man plötzlich der Frauenstimmrechts-Motion und bestellte rasch eine Kommission. Leider wurde, wie wir bereits wissen, der stark abgeschwächte Vorschlag, der 1921 schliesslich dem St.Galler Volk vorgelegt wurde, deutlich verworfen.

GRIPPE!

Mitbürger und MitbürgerInnen!

Erwartet für die Bekämpfung der bösartigen Seuche nicht alles von behördlichen Massnahmen, die nur lückenhaft angeordnet werden können. Hütet Euch selbst vor der Krankheit und vermeidet gewissenhaft, Eure Mitmenschen der Gefahr der Ansteckung auszusetzen.

Befolget zu diesem Zwecke nachstehende Ratschläge.

1. Beobachtet peinlichste Reinlichkeit! - Gurgelt und spült fleissig den Mund mit Salzwasser (1 gehäufte Theelöffel Kochsalz auf 1 Liter Wasser)! - Waschet häufig die Hände, besonders vor den Mahlzeiten!
2. Spuckt nicht auf die Strasse!
3. Wechselt häufig die Taschentücher!
4. Lüftet oft und gründlich die Wohnungen! Sondert die Kranken nach Möglichkeit ab! - Wer Kranke zu Hause hat, beschränke den Verkehr mit Andern auf das Nötendigste!
5. Bleibe schon bei leichtem Unwohlsein zu Hause!
6. Meldet nach der Genesung (Entfieberung) noch eine Woche lang den Umgang mit Gesunden; lasset Eure wieder gesunden Kinder ebenso lange nicht mit andern Kindern spielen!
7. Sprechet, hustet, nieset Andern nicht ins Gesicht!
8. Reicht Euch nicht die Hände zum Gruss!
9. Geht zu Fuss und benützet so wenig als möglich Tram und Eisenbahn! Vermeidet alle Ansammlungen auf Strassen und Plätzen!
10. Schränket den Besuch der Wirtschaften auf das Nötendigste ein!
11. Unterlasset Krankenbesuche!
12. Hütet Euch vor all' den vielen Grippemitteln, die jetzt marktschreierisch angepriesen werden! - Sie sind entweder nutzlos oder gefährlich!

Bezirksarzt und Gesundheitskommission
von St. Gallen.

Aufruf, sich vor
Grippeinfektionen zu
schützen, St.Gallen,
1918.

Hans Fässler

Es war der katholisch-konservative Dr. Guntli, Oberstleutnant und Bürgerwehr-Propagandist aus St.Gallen gewesen, der nach dem Generalstreik im St.Galler Grossen Rat eine Interpellation eingereicht hatte. Seine Frage lautete: «Gedenkt der Regierungsrat die nötigen Massnahmen zu treffen, um die Verantwortlichkeit der Urheber und Organisatoren des Generalstreiks im Kanton St.Gallen festzustellen und gegebenenfalls die entsprechende gesetzliche Ahndung eintreten zu lassen?» Dieser Vorstoss wurde an zwei Tagen (Freitag, 22. und Montag, 25. November) während vollen siebeneinhalb Stunden diskutiert. Nach Guntlis Begründung und der Antwort durch den Vorsteher des Justizdepartements (die Dr. Guntli befriedigte), beantragte die SP-Fraktion Diskussion. Die wurde von bürgerlicher Seite ohne weiteres zugestanden. Dabei erklärte der Vertreter der FDP mit Blick auf die Linke: «Es ist eine selbstverständliche Pflicht der Billigkeit und gerechter parlamentarischer Erörterung, dass wir auch diesen Herren, die im Rate sitzen und zum Teil auch ihm gegenüber, Gelegenheit geben, sich zur Sache zu stellen.» Im Verlaufe der Debatte meldeten sich sieben Vertreter der SP, fünf der FDP, vier der Konservativen Volkspartei, zwei der Demokratischen und Arbeiterpartei sowie ein Vertreter der Christlichsozialen zu Wort.

Aus dem stenographischen Protokoll schälen sich einige Schwerpunkte heraus: die Ursachen der Streiks, die Arbeitsniederlegungen (insbesondere bei den Eisenbahnern), das Militäraufgebot und seine gesundheitlichen Folgen sowie die Pressesituation. Die SP-Seite versuchte mit viel Detailtreue, die unerträgliche soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung und die Provokation durch das massive Truppenaufgebot klarzumachen. Besonders eindrücklich war die Schilderung des anhaltenden Sozialabbaus durch den Eisenbahner und SP-Gemeinderat G. Hilzinger aus Rorschach. Er berichtete, wie Lohnerhöhungen sistiert und das Arbeitszeitgesetz ignoriert wurde, wie Volontäre und Tagelöhner entlassen und Überstunden nicht bezahlt wurden. Die Gegenseite stel-

XDebatte. Die Generalstreikdebatte im St.Galler Grossen Rat wurde hart geführt. Trotz allem fällt ein gewisser Respekt der Kontrahenten füreinander auf. Dies im Gegensatz zu den Ratsdebatten der 80er und 90er Jahre. Hier stand eher die bürgerliche Arroganz gegenüber Linken und Grünen im Vordergrund. Wohl war der damalige Respekt auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass die SP 1918 innert Jahresfrist von 1578 auf 2426 Mitglieder angewachsen war.



Volksstimme-Redaktor
Valentin Keel.

Zimmerleute, Schreiner, Maschinisten



meidet den Platz St. Gallen, werde keiner zum
Verräter!



Die Streikkommission der Zimmerleute.

43
Zeitungsinserat

he», «Beifall», «Heiterkeit»

X **Verschwörungstheorie.** Für Bürgerliche standen hinter dem Generalstreik die russischen Bolschewiki. Doch dafür gibt es keinerlei Belege. Solche Verschwörungstheorien und paranoiden Gefühle lebten später im Kalten Krieg wieder auf. In der antikommunistischen Propaganda der 50er und 60er Jahre wurde hinter jedem Busch ein KGB-Agent vermutet. Die Bundespolizei legte umfangreiche Fichen über wahre und vermeintliche Oppositionelle an. In rechtsextremen Kreisen kursieren heute jüdische Weltverschwörungsideen, exemplarisch zu beobachten im Fall des St.Galler Arztes Walter Fischbacher oder der Sekte «Universale Kirche».

ite den Generalstreik in einen Zusammenhang mit der russischen Oktoberrevolution und anderen revolutionären Umstürzen. Dabei wurden Sätze aus der «Volksstimme» zitiert wie zum Beispiel folgender: «Wer aber eine friedliche Revolution nicht begreifen will, der schafft für die Bolschewiki-Revolution. Mögen die bürgerlichen Hanswurst ob dem Bolschewismus noch so fürchterliche Gesichter schneiden, das arbeitende Volk weiss, dass die Sache der russischen Kommunisten ihre eigene Sache ist.»

Die Projektionen der Bürgerlichen, wonach der Generalstreik eine Inszenierung bolschewistischer Aktivisten gewesen sei, kannten offenbar keine Grenzen. Über Dr. Sennhauser, SP-Advokat und Mitglied der St.Galler Streikleitung, wurde das Gerücht verbreitet, er habe eine Million bolschewistisches Geld erhalten. Über Valentin Keel, den Redaktor der «Volksstimme», hiess es, er habe mit 5000 Rubeln versucht, die Soldaten zu bestechen. Als vehementester Verfechter der bolschewistischen X **Verschwörungstheorie erwies sich FDP-Nationalrat Forrer aus St.Gallen.**

Im Argumentationsstil des späteren Kalten Krieges versuchte er wort- und zitatreich nachzuweisen, wie direkt die Fäden von Lenin zu einer «grossartigen bolschewistischen Organisation» in Zürich gelaufen seien. Diese Verbindungen hätten das Ziel gehabt, die «revolutionäre Bewegung» zu schüren.

Natürlich beschäftigten die Streikaktionen die bürgerliche Seite am meisten. Nicht dass Streiks an sich etwas Neues oder Besonderes gewesen wären (der Rorschacher Giesserstreik war noch in lebhafter Erinnerung). Aber offenbar war man vom selbstbewussten Auftreten der Arbeiterschaft und insbesondere vom systematischen Einsatz von Streikposten doch etwas überrascht worden. Der Vorsteher des Justizdepartements, Regierungsrat Schubiger, hielt sich ans Juristische und bezeichnete diese Aktionen als «Delikt der Nötigung nach Art. 113 des Strafgesetzbuches». Er sprach von einem «Zwang zum Streik» und von einer «gewaltsamen Verhinderung an der Arbeit». Andere Worte fand der freisinnige Advokat Dr. Gmür aus Rapperswil: Ein «Massenaufgebot der streikdurstigen Brüder» habe den Arbeitswilligen die Gelegenheit zur Arbeit genommen. Delegationen von Rapperswil und später von Rüti im Zürcher Oberland hätten in den Industrien «unter Androhung von Gewalt» die Niederlegung der Arbeit erzwungen. «Das Recht und die Pflicht zur Arbeit wird mit Füßen getreten.» Ähnliche Worte fand der freisinnige Druckereibesitzer Loepfe-Benz aus Rorschach. Viel wurde zudem über die Eisenbahner debattiert. Ihr Ausstand hatte das Land besonders empfindlich getroffen, weil man damals beim Transport von Gütern und Menschen (und Soldaten!) praktisch ausschliesslich auf die Bahn angewiesen war. Keine andere Berufsgruppe konnte das Wirtschaftsleben so rasch und effizient lahmlegen wie die Eisenbahner!

Das Militäraufgebot wurde ebenfalls ausgiebig diskutiert. Entscheidend war nämlich die Macht der Waffen gewesen. Entsprechend empfindlich hatten bürgerliche Beobachter auf Parolen oder Aufrufe an die Soldaten reagiert, wie zum Beispiel: «Wenn Ihr gerufen werdet, um gegen die Streikenden zu ziehen, so lasset Euer Gewehr und Euren Tornister ruhig im Kasten liegen!» Ferner spielte auch die Spanische Grippe eine grosse Rolle. Sie schien die Menschen oft mehr zu beschäftigen als der Streik. Die epidemische Krankheit raffte auf der ganzen Welt Millionen Menschen dahin – Menschen, die durch den Krieg und die schlechte Versorgungslage nur wenig Abwehrkräfte besaßen. Das grosse Truppenaufgebot (Bataillon 160 und Landsturmbataillon 74 allein für die Stadt St.Gallen) sowie die Zusammenkünfte vieler Menschen hatten zweifellos die Verbreitung der Grippe gefördert – so viel war klar. Doch man schob sich gegenseitig die Schuld zu: Die Linke habe mit ihrem Generalstreik das Truppenaufgebot verursacht und sei somit für die Grippetoten und -kranken mitverantwortlich, hiess es von rechts. Nein, konterte die Linke, schuld sei vielmehr das Bürgertum, weil es mit dem unnötigen Truppenaufgebot fahrlässig die Grippe verschleppt habe. Ein heikler Punkt war überdies die Presse-

X **Truppenaufgebot.** Der Generalstreik war keineswegs der erste Streik, gegen den die Behörden das Militär aufboten. Die St.Galler Regierung rief am 26. Juli 1904 Infanteriesoldaten nach Kaltbrunn und Wattwil, um die seit drei Wochen streikenden Arbeiter am Rickentunnelbau in Schach zu halten. Die Bauleitung hatte die Arbeiter, darunter viele Italiener, wie Vieh in ungeheizten Baracken zusammengepfercht und ihnen gesetzeswidrig die 14tägige Lohnauszahlung verweigert. Die wachsende Not der Arbeiter, die elf Stunden pro Tag im Tunnel schufteten, trieb sie schliesslich in den Ausstand. Es gab auch einen Demonstrationzug von Kaltbrunn nach Uznach.





St.Galler Kinder-
gärtler im Arbeiter-
quartier Tschudi-
strasse.

frage. Loepfe-Benz, als Zeitungsverleger in Rorschach erfolgreich bestreikt, wettete gegen die «Volksstimme», die als einzige Zeitung während den Streiktagen erscheinen konnte. Das Blatt habe «falsche Nachrichten» verbreitet.

Aus dem Protokoll wird sichtbar, wie emotional die Debatte über ein Grossereignis verlief, das erst gerade eine Woche zurücklag. Viele protokollarische Vermerke weisen auf ein für ein Parlament nördlich der Alpen aussergewöhnliches Temperament hin: «Lebhafte Heiterkeit», «lebhafter Beifall», «Zwischenruf von der äussersten Linken: Doch, doch!», «Zwischenruf Huber-Rorschach: Sehr gut», «Bravorufe bei den Sozialdemokraten!» oder «Protestrufe!». Die heftige Auseinandersetzung erklärt sich auch aus der Tatsache, dass Streikkontrahenten nun plötzlich im gleichen Saal sassen: hier das Mitglied der Streikleitung, dort der Major und Truppenkommandant, hier der Typograph, dort der Druckereibesitzer. Der Ratssaal war ein Spiegel der Gesellschaft. Auf beiden Seiten kam immer wieder grosse persönliche Betroffenheit zum Ausdruck. «Ich lade die Herren ein, heute in die «Tonhalle» und in den «Schützengarten» zu gehen und dort die militärischen Lazarette, das Elend und die Krankheit in Augenschein zu nehmen!», rief ein katholisch-konservativer Vertreter in den Saal. Von SP-Seite tönte es: «Es sind aber nicht bloss die Väter, die gestreikt haben, der Gegenstand von Angriffen gewesen, sondern man hat auch ihre unschuldigen Kinder verfolgt in der Schule, man hat ihnen nicht einmal mehr Milch geben wollen.»

Trotzdem waren die meisten Voten sorgfältig vorbereitet und gekonnt, oft auch garniert mit klassischen Zitaten. SP-Kantonsrat Sennhauser zog Goethe heran («Wer nie sein Brot mit Tränen ass»), und FDP-Kantonsrat Schirmer attackierte den SP-Kantonsrat Hardegger («der ja Lehrer ist und dem also Schillers «Glocke» bekannt sein dürfte») mit «Weh denen, die dem Ewigblinden ...». Zuweilen gab es auch spontane Debatten auf hohem Niveau. So verwies Redaktor Valentin Keel die Freisinnigen genüsslich auf den Kanton Tessin in den Jahren 1890/91 und die «Herren Konservativen» auf den Sonderbund von 1847: Beide hätten damals noch ein ziemlich anderes Verhältnis zur Gewaltfrage offenbart, als wie sie es nun beim Generalstreik propagierten, kritisierte er. Darauf hielten ihm Bürgerliche «schlechte Kenntnisse der Schweizergeschichte» vor. Doch Johannes Huber doppelte nach und erging sich in detailreichen Ausführungen über die durchaus gewalttätigen Ereignisse in früheren Zeiten. Er sprach provokativ von «unseren freisinnigen Lehrern von 1890». Die These, nicht die Russen, sondern die Freisinnigen seien die wahren Lehrmeister der Generalstreik-Linken gewesen, wurde von den Betroffenen natürlich empört zurückgewiesen.

Anhang

Quellen- und Literaturverzeichnis

«Hoch die Solidarität! Es lebe die neue Zeit!»

Schmid-Ammann, Paul, Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918. Seine Ursachen. Sein Verlauf. Seine Folgen, Zürich 1968.

Neujahrsblätter des Historischen Vereins des Kantons St. Gallen, Jg. 1914 – 1919.

Gautschi, Willi, Der Landsstreik 1918, Zürich/Einsiedeln/Köln 1968.

Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart, hg. von der Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich, Zürich 1975.

Der Generalstreik in St.Gallen: Krise, Krankheit, Arbeitskampf

Geschäftsbericht des Stadtrates St.Gallen über das zweite Halbjahr 1918, 1919.

Sonderbericht des Stadtrates über die Massnahmen infolge der Kriegswirren, IV. Teil, Jan. 1917 – 30. Juni 1918.

St.Galler Chronik für das Jahr 1918, in: Neujahrsblatt des Historischen Vereins des Kantons St.Gallen, 1919.

Stadarchiv St.Gallen: Protokolle des Gemeinderates (5/1/1); Protokolle der Gesundheitskommission, 1918 – 1927 (5/4/3); Fasz. der Stadtkanzlei betr. Generalstreik (6/3/140 IV); Lebensmittelversorgung (6/3/246 II); Epidemien, ansteckende Krankheiten (6/3/116 III).

Gautschi, Willi, Der Landesstreik 1918, Zürich 1968.

Gautschi, Willi (Hg.), Dokumente zum Landesstreik 1918, Zürich/Köln v97v.

Ruffieux, Roland, La Suisse de l'entre-deux-guerres, Lausanne 1974.

Arbeiter auf Rorschachs Strassen: «Der Sack bleibt da!»

Untersuchungsbericht des Bezirksamts Rorschach an die Staatsanwaltschaft St.Gallen, Januar 1919.

Spruchbuch Bezirksgericht Rorschach, Staatsarchiv St.Gallen.

Sarganser Eisenbahner vor dem «Fehmgericht»: «Jetzt galt es, Farbe zu bekennen»

Protokollbuch der Sozialdemokratischen Partei des Bezirks Sargans, unterzeichnet von Präsident Emil Illi und

Aktuar Gottfried Rosenkranz. Transkription: Erich Trösch. Besitzer: Markus Kaiser, St.Gallen.

Die Christlichsozialen – mehr lagertreu als solidarisch?

Holenstein, Dieter, Die Christlichsozialen der Schweiz im Ersten Weltkrieg. Entwicklung der christlichsozialen Organisationen und ihre Stellung in der schweizerischen Arbeiterbewegung und der katholischen Sondergesellschaft

1914 – 1920, Freiburg i. Ue. 1993.

«Alle Offizinen standen still»

Protokollbuch Typographia St.Gallen, Sektionsversammlungen 1918 – 1922. Transkription: Erich Trösch. Archiv:

GDP St.Gallen.

Balabanoffs «Fabrik-Klöster»

Balabanoff, Angelica, Erinnerungen und Erlebnisse, E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G.m.b.H., Berlin, 1927.

Unveröffentlichtes Manuskript von Dr. Louis Specker, Rorschach.

Wg. Grippe geschlossen

Protokollbücher des Arbeiterinnenvereins Rorschach.

«Lebhafte Unruhe», «Beifall», «Heiterkeit»

Verhandlungen des St.Gallischen Grossen Rates an der November-Session 1918 über die Interpellation

Dr. Guntli betreffend den Landes-Generalstreik, hrsg. von der Staatskanzlei des Kantons St.Gallen, St.Gallen 1919.

Kantonale Verwaltungsbibliothek, F 523 (4).

Bildnachweis

Umschlag Seite 2, 3 und 4; Inhalt Seite 1, 3, 5, 6, 8, 11 Hintergrund, 12, 13, 14, 15, 17, 19, 22, 23 unten, 26, 27, 29, 30, 33, 35, 38, 40, 41, 43 unten, 45, 46
Gretler's Panoptikum zur Sozialgeschichte, Zürich.

Seite 16, 20, 42
Stadtarchiv Vadiana, St.Gallen.

Seite 11 Vordergrund, 21, 23 oben, 24, 25, 31, 43 oben
Staatsarchiv St.Gallen.

Umschlag Seite 1 und Inhalt Seite 32
aus: 100 Jahre Heberlein, 1835 – 1935, Orell Füssli, Zürich 1935; Foto Hans Finsler, Zürich.

Seite 7
aus: Gallo, Max, Geschichte der Plakate, Verlag Manfred Pawlak, Herrsching 1975.

Seite 18
aus: Ziegler, Ernst, Kutschen, Tram und Eisenbahn, VGS St.Gallen 1979.

Seite 34
aus: Baumgartner, Walther, Die Christlichsoziale Partei des Kantons St.Gallen 1911 – 1939, Reihe St.Galler Kultur und Geschichte, Band 30, Herausgegeben von Staatsarchiv und Stiftsarchiv St.Gallen, 1998.

Seite 36
aus: Jubiläumsnummer 25 Jahre «Volksstimme», St.Gallen, 29. November 1930.

Seite 37
aus: Schriftproben, Band II, Gebr. Fretz AG, Zürich 1935.

Seite 39 Hintergrund
Archiv Pressebüro St.Gallen.

Seite 39 Vordergrund
aus: Balabanoff, Angelica, Erinnerungen und Erlebnisse, E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G.m.b.H., Berlin 1927.

Zu den AutorInnen

Paul Rechsteiner, Anwalt, Nationalrat, Präsident des Kantonalen Gewerkschaftsbundes St.Gallen, St.Gallen
Hans Fässler, Mittelschullehrer für Englisch und Geschichte, St.Gallen
Max Lemmenmeier, Historiker, St.Gallen
Marcel Mayer, Stadtarchivar, St.Gallen
Ralph Hug, Journalist, St.Gallen
Dieter Holenstein, Historiker, St.Gallen
Marina Widmer, Soziologin, St.Gallen

